

**Bezugspreis:**  
Einzelhefte 6 Pf. — M. monatl. 20. — M.  
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-  
bezug: monatlich 20. — M. einjährig 240. — M.  
Halbjährlich 120. — M. Unter Kreuzband für  
Deutschland, Ostpreußen, das Saar- und  
Rheinland, sowie für die ehemals deut-  
schen Gebiete Italiens, Oesterreich-  
Ungarn und Jugoslawien 24. — M. für  
das übrige Ausland 72. — M. Post-  
bestellungen nehmen an Oesterreich,  
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-  
mark, Holland, Luxemburg, Schweden  
und die Schweiz.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-  
haltungsbeilage „Bismarck“ und der  
Beilage „Gebirg und Bergarbeit“  
erscheint wöchentlich zweimal, Son-  
tags und Montags einzeln.

Telegraphische Adressen:  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreis:**  
Die Jahrgangswerte Kontowechsel  
folgt 2. — M. „Kleine Anzeigen“  
das fertige Blatt 2. — M. 12-  
blättrig zwei fertige Blätter jedes  
weiterer Blatt 1.50 M. Einleitungs-  
und Schlusszeilenanfragen das erste  
Blatt 1.50 M., jedes weitere Blatt  
1. — M. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte Familien-An-  
zeigen für Abonnenten Zeitl. 4. — M.  
Die Preise verstehen sich einschließlich  
Teuerungszulage.

Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im  
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-  
str. 3, abgegeben werden. Beifolgt  
von 8 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Kernsprecher: Redaktion Morisplan 15193-97  
Expedition Morisplan 11753-54

Freitag, den 10. Februar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-  
Abteilung Morisplan 11753-54

## Wirth über den Eisenbahnerstreik.

Nach der Rede des Reichskanzlers und einer lebhaften Ge-  
schäftsordnungsdebatte hat sich der Reichstag gestern auf heute  
mittag 1 Uhr vertagt. Der Vertagungsantrag, der auch der  
sozialdemokratischen Fraktion überraschend kam, aber nach  
parlamentarischem Gewohnheitsrecht nicht abgelehnt werden  
konnte, ging von der Deutschen Volkspartei aus, in  
der sich wieder einmal heftige innere Kämpfe abspielen und  
die deshalb gestern noch nicht in der Lage war, zur Erklärung  
der Regierung endgültig Stellung zu nehmen. Es ist wohl  
kein bloßer Zufall, daß zugleich auch die interfraktionelle Be-  
sprechung über das gefälligte Steuerkompro-  
miß, die gestern abend stattfinden sollte, auf heute vormittag  
vertagt wurde. Es gibt in der inneren Politik Kompli-  
kationen, die nicht mit dem Eisenbahnerstreik zusammenhängen,  
und es wäre falsch, die politische Gesamtsituation der Parteien  
bloß nach diesem einen Gesichtspunkt zu fixieren.

Seitern hat sich nun wieder einmal eine bemerkenswerte  
Kooperation der äußersten Rechten und der äußersten Linken  
ergeben, auf deren Seite die Unabhängigen mitspielen, offen-  
bar ohne sich über die Bedeutung dieses Spieles recht klar zu  
sein. Der äußersten Rechten und dem Stinnes-Flügel der  
Deutschen Volkspartei könnte nichts Lieberes passieren, als  
wenn die Regierung Wirth gerade über den Eisenbahnerstreik  
zu Fall käme. Darin würden sie die beste Gelegenheit er-  
blicken, jeder politischen Linksentwicklung einen starken Riegel  
vorzuschleiben und ein Regiment nach ihrem Sinne aufzurichten.  
Die Morgenrede der Reaktion wird verkündet durch das  
Schmeltern des kommunistischen Hahns — und Ledebour  
kräht mit Koenen um die Wette.

Auf der Rechten hört man es mit Schmunzeln, wie die  
gegenwärtige Regierung von den Agitatoren und Unpolitikern  
der äußersten Linken als eine „Scharfmacherregierung“ her-  
untergemacht wird. Man hofft dort auf eine nahe Gelegen-  
heit, diesen Kindern zu zeigen, wie eine wirkliche Scharf-  
macherregierung aussieht.

Die Sozialdemokratische Partei, die die Dinge etwas  
klarer zu sehen glaubt, wird so handeln, wie es nach ihrer  
Ueberzeugung die Interessen der Arbeiter und besonders auch  
der Beamten gebieten. Gerade für die der Arbeiterbewe-  
gung nahestehenden, aufrechten Beamten würde das Gelingen  
der reaktionären Pläne geradezu eine Katastrophe bedeuten.  
Die Unabhängigen würden durch Unterstützung solcher Pläne  
den Beamten einen Bärendienst leisten, und sie irren, wenn sie  
glauben, sich auf solche Weise ihren Dank verdienen zu können.

Auch wir hätten es lieber gesehen, wenn der Reichskanzler  
für den Beamtenstreik nicht die Worte „Revolte“ und „Auf-  
rührbewegung“ gebraucht hätte, obwohl er sich für sie auf  
alle im Amt befindlichen Linksradikalen von Lipinski bis  
Dewin als Autoritäten berufen kann. Aber es handelt sich  
nicht um Worte, die nach einem englischen Sprichwort keine  
Beine brechen, sondern um die Sache: es handelt sich darum,  
daß ein weiteres Abrutschen des außen- und innerpolitischen  
Kurles nach rechts vermieden wird und daß eine jede Radikal-  
politik ausschließende Liquidierung des Eisenbahnerstreiks er-  
folgt. Und das ist mit der gegenwärtigen Regierung immer  
noch viel besser zu erreichen als mit ihrer — in diesem Augen-  
blick allein möglichen — Nachfolgerin.

Am Reichstag scheint sich ein Teil der Unabhängigen auf  
den Standpunkt der Kommunisten stellen zu wollen, daß jede  
Bestrafung der Haupttäter am Beamtenstreik, ja jedes  
harte Wort über sie ein Verbrechen sei, das sofort mit der  
parlamentarischen Todesstrafe bestraft werden müsse. Wir  
möchten — zunächst mit aller Bestimmtheit — darauf auf-  
merksam machen, daß auch der Berliner Magistrat  
eben einen siegreichen Abwehrkampf gegen einen trivialen  
Streik zu Ende führt und daß sich auch hier für die Unter-  
legenen bittere Folgen bemerkbar machen. Wir möchten auch  
hier zur möglichsten Schonung mahnen, obgleich wir nicht  
der Meinung sind, daß sich ein unabhängig-mehrheitssozialisti-  
scher Magistrat alles gefallen lassen muß. Auf keinen Fall aber  
möchten wir schweigen die Augen schließen, wenn ein paar  
tölpelnde Arbeiter als Opfer eines verlorenen Streiks auf der  
Straße bleiben, und uns laut darüber entrüsten, wenn in  
einem geregelten, mit Rechtsgarantien umgebenen Verfahren  
die Schuld einiger Beamten an einer schweren Schädigung der  
Volksgesamtheit festgestellt werden soll.

Da muß man lieber schon so konsequent sein wie die Kom-  
munisten, denen jetzt jeder Eisenbahn-, Gas- und  
Wasserstreik wohlgefallenes Werk und geheiligtes Menschenrecht  
ist, und die — nach russischem Vorbild — mit dem Erscheinen  
von Streikenden erst dann beginnen wollen, wenn einmal  
jemand ihnen als Reichsregler den Dienst zu verweigern  
sich erdreistete. Aber so mit Halb und Halb und Einerseits-  
Andererseits, mit einem Fuß in der Regierung, mit dem  
anderen draußen, in Sachsen staatszerstörend und im Reich

für Beamtenstreiks, am Königsplatz gegen angebliches  
„Scharfmachertum“ und an der Königsstraße selber „scharf-  
macherisch“ — so geht das nicht!

Mit Befriedigung entnehmen wir einer Veröffentlichung  
des Magistrats, daß sich im Rathaus die erste Hitze gelegt hat,  
und daß man dort jenes Maß von Milde anwenden will,  
das sich mit dem Zweck, Ordnung in die Betriebe hineinzu-  
bringen, noch verträgt. Wo es gilt, soziales Empfinden mit  
Gerechtigkeit zu paaren, werden die unabhängigen Magistrats-  
mitglieder unsere Genossen auf ihrer Seite finden. Wir bitten  
nur um Gegenseitigkeit im Reichstag.

Wir würden es dankbar begrüßen, wenn die Unabhän-  
gigen uns dort in dem Betreiben unterstützen würden, die  
Folgen des Beamtenstreiks für die Beteiligten auf das real-  
politisch mögliche Mindestmaß herabzudrücken und wenn sie  
darauf verzichten wollten, aus bloß agitatorischen Gründen die  
Lage noch weiter zu verschärfen.

Wir müssen durch diese Krise mit möglichst geringem  
Schaden nicht nur für die Beteiligten und teilweise schwer  
Schuldigen, sondern auch für das ganze Reich hindurch.  
Das ist der Weg, den wir mit offenen Augen gehen und den  
wir weitergehen werden, auf welchen anderen sich andere,  
nun rechtzeitig Gewarnte, auch immer verlieren  
mögen!

### Reichstagsführung vom Donnerstag, 9. Februar.

Das Haus, die Regierungsbänke und Tribünen sind voll besetzt.  
In einem Schreiben teilt der Reichskanzler mit, daß die Ver-  
ordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar betreffend das Ver-  
bot der Arbeitsniederlegung der Reichsbeamten durch Verordnung des  
Reichspräsidenten am heutigen Tage vormittags 11 Uhr wieder  
außer Kraft gesetzt worden ist. (Lebhaftes Hör! links. Be-  
wegung im ganzen Hause, Heiterkeit rechts.)

Präs. Löbe macht darauf aufmerksam, daß damit die auf der  
Tagesordnung stehenden Anträge auf Aufhebung der Verordnung  
des Reichspräsidenten erledigt sind und nicht mehr zur Beratung  
kommen können. (Heiterkeit.)

Abg. Adolf Hoffmann (Komm.) vertreibt folgenden neuen Antrag  
seiner Fraktion: „Der Reichstag wolle beschließen: Die anlässlich  
des Eisenbahnerstreiks eingeleiteten Disziplinarverfahren gegen  
Beamte sind sofort einzustellen, neue sind nicht einzuleiten.  
Einzeln und Massenentlassungen gegen Arbeiter und Beamte an-  
lässlich des Eisenbahnerstreiks bei der Eisenbahn, der Post oder in  
anderen Staatsbetrieben haben nicht zu erfolgen. Die einge-  
leiteten Strafverfolgungen auf Grund der Verordnung  
des Reichspräsidenten vom 1. Februar sind niederzuschlagen.  
(Zurufe rechts: Dafür gibt's eine Extrabelohnung! — Heiterkeit.)  
Neue Strafverfolgungen dürfen nicht eingeleitet werden.“ — Redner  
bittet die Beratung dieses Antrages mit der über die Erklärung  
der Reichsregierung zu verbinden.

Präs. Löbe schlägt vor, den Antrag zwar mit auf  
die Tagesordnung zu setzen, den Antragstellern aber nicht das Wort  
außer der Reihe der Rednerliste zu erteilen.

Abg. Adolf Hoffmann (Komm.) ist damit einverstanden.  
Auf der Tagesordnung steht zunächst die Entgegennahme einer  
Erklärung der Reichsregierung.

### Reichskanzler Dr. Wirth:

Die Werbekraft des Gedankens, die Reparationsfrage aus den  
Fesseln der Gewaltpolitik zu lösen, hängt von dem Grade des  
Vertrauens, das Deutschland und seine parlamentarische Regierung  
dem Lande einflößt. Ein Staat, der anders zu wirtschaftlichen  
Geschäftspunkten befehlen will, kann nur dann Glauben finden, wenn  
er selbst die Lehren in seinem Hause anwendet, die er propagliert.  
Nur ein arbeitsames, sparsames und in häuslicher Ordnung lebendes  
Deutschland kann die auswärtige Politik führen, die ihm seinen  
inneren Wiederaufbau gewährleistet. In dieser Hinsicht, die von  
jedem einzelnen, von jedem Berufe und von jeder Klasse die höchste  
Selbsttätigkeit fordert, ist in der letzten Zeit sehr schwer ge-  
lungen. (Sehr wahr!) Und zwar gerade von Elementen, die nach  
ihrer Tätigkeit und Stellung im Staate in erster Linie dazu berufen  
sind, zum Wiederaufbau beizutragen. Die Arbeitsverweigerung  
eines Teiles der Eisenbahnbeamten, die man gewöhnlich Streik  
nennt, die ich aber nicht zögere, als eine

### Revolte in der Beamtenschaft

zu bezeichnen, ist eines der betrübendsten Ereignisse der letzten Jahre  
mit unabsehbaren Folgen. Diese Beamten brachten damit — das  
mußten sie genau wissen — die deutsche Außenpolitik in  
die größte Gefahr. — Der Reichskanzler gibt dann eine kurze  
Skizze der Vorgeschichte und der Entwicklung des Streiks,  
wobei er mehrfach durch kommunistische Zurufe unterbrochen wird,  
wie: Ein Hundstreck der Streik! — Der Streik ist im erweiterten  
Vorstand der Reichsgewerkschaft mit nur 20 gegen 15 Stimmen bei  
einer Stimmentzettelung beschlossen worden. Im engeren Vor-  
stand war das Stimmenverhältnis 4 zu 4. Der durch  
Erlaß des Reichsverkehrsministers eingeleitete Einfluß der Tech-  
nischen Kommission machte sich sehr bald bemerkbar. (Zurufe links:  
Recht!) Am 4. Februar beschloß die Ortsgruppe des Deutschen  
Eisenbahnerverbandes gegen den ausdrücklichen Beschluß des Haupt-  
vorstandes den Eintritt in den Streik. Am Sonntag lehnte, nach-  
dem auch die Arbeiter der Berliner städtischen Werke in den Streik  
getreten waren, die Reichsgewerkschaft den Abbruch des Streiks

ausdrücklich ab. Besprechungen mit der Reichsregierung führten zu  
einer Erklärung des Reichsfinanzministers, der sich bereit erklärte,  
über die Regelung der Gehaltsfrage in Besprechungen einzutreten.  
Die Nachprüfung der Grundgehälter sollte beschleunigt erfolgen. Die  
Reichsregierung gab die Erklärung ab, daß Massenentlassungen und  
Disziplinarverfahren nicht erfolgen sollten. Die Reichsgewerkschaft  
gab sodann am 8. Februar früh die Anweisung zum Abbruch des  
Streiks und zu sofortiger Wiederaufnahme der Arbeit. Da aber  
die Anweisung nicht sofort an alle Stellen durchdringen konnte, ver-  
zögerte sich die Wiederaufnahme der Arbeit. In dieser Zeit war  
der Ratbetrieb schon soweit ausgedehnt, daß fast

### 30 Proz. des normalen Verkehrs bewilligt

30 Proz. des normalen Verkehrs bewilligt  
wurden. In kurzer Zeit war auch schon eine Steigerung auf 50 Proz.  
vorausgesehen. (Geschrei und Zurufe links: Eisenbahnunfälle sind  
vorgekommen!) Die Dezemberforderungen der Ephe-  
norganisations wurden einen Mehrertrag von 50 bis 60 Mi-  
liarden bedeuten. Daher konnten diese Forderungen unmöglich  
als geeignete Grundlage für neue Verhandlungen angesehen werden.  
(Hört, hört!) Umfassende Erhebungen ergaben aber, daß die  
Industriegehälter in den Großstädten teilweise höher waren als  
die Reichsarbeitergehälter, daß andererseits aber in weiten Reichswirt-  
schaftsgebieten umgekehrt die Reichsarbeitergehälter nicht unerheblich  
höher waren als die Industriegehälter (Zuruf der Komm.: Wo denn?)  
Man einigte sich daher in der ersten Januarhälfte dahin, daß die  
Reichsarbeitergehälter allgemein um 75 Pf. pro Stunde erhöht  
werden sollten. Daneben sollten in größeren Orten Uebererzeugung-  
zuschüsse gewährt werden. Auch für die Beamten und Angestellten  
sollte ähnlich wie für die Arbeiter ein Weg gefunden werden für  
Orte mit besonders schwierigen Wirtschaftsverhältnissen etwas Be-  
sonderes zu tun. Schon am 20. Januar begannen im Reichs-  
verkehrsministerium die Verhandlungen über die Teuerungszuschüsse  
der Arbeiter. Am 25. Januar begann der Beamtenausfluß des  
Reichstages die Beratungen über die entsprechenden Maßnahmen  
für die Beamten, die bald zu einem positiven Ergebnis führten.  
Schon am 21. Januar erklärte die Reichsregierung sich auch bereit,  
in eine eingehende Ansprache über alle übrigen Be-  
sorgungsfragen einzutreten und auch die Grundgehälter zu prüfen.  
Die Nachprüfung soll beschleunigt durchgeführt werden. Obwohl  
die Verhandlungen einen durchaus befriedigenden Verlauf zu nehmen  
versprochen, und obwohl die Öffentlichkeit hierüber ständig auf  
dem laufenden gehalten wurde, stellte

### Die Reichsgewerkschaft am 27. Januar

nochmals dieselben Forderungen, die schon im Dezember als un-  
erfüllbar abgelehnt worden waren. Unter anderem wurde die  
Kürzung des Referentenentwurfs des Arbeitszeit-  
gesetzes gefordert. Ueber diesen Gegenstand sind die Verhand-  
lungen noch gar nicht abgeschlossen. Eine endgültige Entscheidung  
des Reichsverkehrsministers hierzu liegt noch nicht vor. Von einem  
Ausnahmegesetz gegen die Eisenbahner kann keineswegs gesprochen  
werden. Die bisher gepflogenen Besprechungen haben dahin ge-  
führt, daß die Ephe-Organisation sich bereit erklärt  
haben, mit dem Reichsverkehrsminister in eine eingehende  
Beratung über diese Materie zu treten. Ob eine allgemeine  
Arbeitszeit eingeführt werden soll, stand noch nicht zur Debatte.  
Die Arbeiter aller Gewerkschaften werden Gelegenheit erhalten,  
hierzu Stellung zu nehmen. Von welchem Standpunkt man auch  
zu dem letzten Ereignis Stellung nehmen mag, um eines kommt  
man nicht herum:

### Die Eisenbahnen müssen wirtschaftlich gestaltet werden.

(Sehr richtig!) Die Reichsgewerkschaft setzte sich mit ihrem Be-  
stehen ins Unrecht gegenüber der Regierung, die alles getan hat,  
um eine Befriedigung bezüglich der Lösung herbeizuführen. Die  
Folgen dieses ersten Beamtenstreiks (Karm links: Zwischentritt:  
Kopp-Busch) lassen sich noch nicht übersehen. Die Reichsgewer-  
kschaft hat sich auch ins Unrecht gesetzt gegenüber dem gesamten  
deutschen Volke. Die Kernfrage ist die, wie sich die Reichsregierung  
grundsätzlich zu diesem Streik gestellt hat. Es ist nicht die wirt-  
schaftliche, nicht die Verfassungsfrage, sondern die prinzipielle Frage  
des Streikrechts der Beamten. (Sehr richtig!) Alle Staats-  
regierungen sind sich hierin einig:

### Für öffentlich-rechtlich angestellte Beamte gibt es keinen Streik.

(Hört, hört! links. — Sehr richtig! rechts.) Die Beamten sind ein  
Teil der Regierung und der Verwaltung. (Lachen rechts.) Wer  
in diesem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis die Arbeit einseitig  
niederlegt, hat den Anspruch auf alle Berechtigungen verloren.  
(Sehr richtig!) Allerdings gewährt die Reichsverfassung das Recht  
der Vereinigungs- und Berufungsfreiheit. Daraus kann aber  
weder dem Sinn nach dem Geist der Verfassung noch der Gehalte  
abzuleiten werden, daß öffentlich-rechtliche Beamte die Wahr-  
nehmung ihrer Pflichten vernachlässigen dürfen. Nach dem Gesetz  
übernimmt der Beamte vielmehr die Verpflichtung, das ihm über-  
tragene Amt gewissenhaft wahrzunehmen. Dieser Verpflichtung  
stehen auch besondere Rechte gegenüber. Der Beamte ist  
gegen Kündigung und Entlassung geschützt. In der Regel sind die  
Beamten, insbesondere die Eisenbahnbeamten, lebenslanglich  
angestellt. Das Gehalt wird periodisch im voraus ausbezahlt.  
(Zwischentritt links: Es reicht niemals aus!) Die Hinter-  
bliebenen sind gleichfalls geschützt. Alle diese Rechte sind mit  
einem Streikrecht unvereinbar, sonst müßte auch das Reich berechtigt  
sein, ohne weiteres zu kündigen. (Kommunistischer Zwischenruf:  
Erlauben wollen Sie!) In dieser prinzipiellen Frage haben alle  
bisherigen Regierungen diesen Standpunkt eingenommen und wer-  
den ihn immer einnehmen müssen, wenn sie eine geordnete Staats-  
verwaltung aufrecht erhalten wollen. In Sowjetrußland herrscht



derselbe Grundfatz. (Nachen Anfs.) Auch der fächliche Minister Wipinski vertritt diesen Grundfatz. (Heiterkeit.)

Ich wäre nicht in der Lage, eine Regierung länger zu führen, die ein Streikrecht der Beamten anerkennt.

Die Reichsregierung ist entschlossen, alle Konsequenzen zu ziehen, die sich aus der besonderen Stellung dieses Standes ergeben. Die Reichsregierung anerkennt auf der anderen Seite aber auch die Pflicht des Staates, in der Fürsorge für seine Beamten innerhalb der Grenzen des Möglichen alles zu tun, was in ihren Kräften steht. (Beifall.) Die Regierung hat der Beamenschaft durch ihre sachliche Erledigung der Beamtenforderungen keinen Anlaß gegeben, der Regierung ihr Vertrauen zu kündigen und sich zum Aufrechterhalten hinreichend zu lassen. (Großer Lärm bei den Komm. und Unabhängigen. Zurufe: Oberstufenschwärzer!) Der Streik, der die Regierung und die Dienstpflicht eine Woche lang in Atem gehalten, Handel und Verkehr aufs schwerste gefährdet hat, ist zu Ende. Wir sind seiner Herr geworden, gestützt auf die unzweideutige Erklärung aller Schichten des Volkes, auch der Gewerkschaften, daß sie mit ihm nicht einverstanden sind. Allen denen, auf die wir uns in der Abwehr stützen konnten, spreche ich unsern Dank aus. (Beifall.)

Der Dank gilt insbesondere der Technischen Rothhilfe.

(Beifall) Bravo! — Kommunistische Zurufe: Streikbrecher! — (Zurufe rechts.) Sie nennen die Streikbrecher, die die Berliner Krankenhäuser mit Licht und Wasser versorgt haben. (Beifall) Zustimmung bei der Mehrheit. Leider haben infolge des Beamtenstreiks zahlreiche Mitbürger ihr Leben verloren, ein Anstand, den sich diejenigen in ihr Gewissen schreiben sollten. (Erneuter großer Lärm bei den Kommunisten und Unabhängigen. — Der Präsident bittet, den Reichstanzler aussprechen zu lassen.) Ich danke insbesondere den Gewerkschaften aller Richtungen für die sachliche und ruhige Art, in der sie mit uns beraten haben. In den Gewerkschaftsversammlungen habe ich in den kritischen Stunden Männer gesehen, die die Interessen des Staates und der Gesellschaft über alle Sonderinteressen gestellt haben. (Beifall) Mit der Beendigung des Streikes ist die Verordnung des Reichspräsidenten gegenstandslos geworden. Damit wird aber nicht das Streikrecht der Beamten wieder frei. Wer es mit dem deutschen Volke gut meint, der darf nicht leichtfertig auf dem Wege zur Arbeit Hindernisse für Staat und Gesellschaft aufrichten. (Beifall.)

### Eine Geschäftsordnungsdebatte.

Präsident Cöbe: Von mehreren Parteien ist der Wunsch geäußert worden, die Beratung jetzt abzubrechen. Ist das Haus damit einverstanden? (Stürmische Protestrufe der äußersten Linken.)

Abg. Ledebour (N. Soz.) bittet dringend, dieser Anregung nicht Folge zu leisten: Damit die Wahrheit einwandfrei ans Licht kommt, müssen auch Vertreter der Arbeiterschaft sprechen. (Kommunistische Zurufe.) Ich halte das Maul! (Schallende Heiterkeit.) Als die Regierung nach Stuttgart floh, hat man den Beamten das Streikrecht zugesprochen.

Abg. Koenen (Komm.): Um festzustellen, daß hier eine Scharfmacherei gehalten worden ist, müssen wir sofort in die Besprechung eintreten. Es liegt ein völliger Bruch mit der früheren Handhabung bezüglich des Beamtenstreikrechts vor.

Abg. Adolf Hoffmann (Komm.): Im Reichstagsrat konnte die Rechte die Ausdrücke gar nicht abwarten. Heute traßt sie. Stinnes hätte nicht anders reden können als der Reichstanzler.

Abg. Dr. Stresemann (ZVP): Auch wir wollen die Rede des Reichstanzlers nicht un Widerspruch lassen. Aber die Fraktionen müssen erst Stellung nehmen.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Wir sind bereit, auch heute zu diskutieren. Erst im Laufe der Sitzung sind verschiedene Parteien an uns herangetreten und haben den Wunsch geäußert, zu der Rede des Reichstanzlers erst in den Krollen Stellung nehmen zu wollen. Uebrigens liegt das im Interesse des Abg. Koenen selbst, wenn seine Rede nicht gleichzeitig mit der des Reichstanzlers erscheint. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Adolf Hoffmann (Komm.) und Abg. Barth (Komm.) sprechen nochmals für sofortigen Eintritt in die Besprechung.

Abg. Dittmann (N. Soz.): Fortwährend laufen aus dem Reichstagsgebäude über Massenmarchen und Demonstrationen ein. Findet eine Besprechung nicht sofort statt, dann werden die Beamten verhöhrt, ihren Dienst sofort wieder aufzunehmen.

Der Antrag, sofort in die Besprechung einzutreten, wird gegen die Stimmen der Kommunisten, Unabhängigen und eines Teiles der Deutschnationalen abgelehnt.

Freitag 1 Uhr: Besprechung der Regierungserklärung und des kommunistischen Antrages auf Einstellung der Disziplinar- und Strafverfahren; Reichsmittengesetz. — Schluß gegen 5 Uhr.

## Trauer und Streik.

Konzertgrundschau von Kurt Singer.

„Auch das Schöne muß sterben, das Menschen und Götter bezwinget.“ Arthur Nikisch ist tot. Der reinste Quell unseres musikalischen Erlebens ist verstopft, die größte Offenbarung himmlischer Orchesterorgans verstummt. Aber wo immer wieder Rauch, Kampf und Beglückung der Töne unser Herz trifft, wo Kunst die Niederungen unseres Daseins übersteigt, seine Nichtigkeiten vergessen macht, wird Nikischs Name in Dank und Ehrfurcht genannt sein. Die Schillerische Klage, daß das Schöne vergeht, daß das Vollkommene stirbt, wird entkräftet durch das Gefühl, Leben und Wirken des größten europäischen Musikanten müsse noch in Jahrzehnten den Wissenden tätige Erinnerung sein. Es bedarf zur Befestigung solcher Erinnerungen keiner Latenteien. Eine einzige hätte es gegeben, würdig des Namens und der Persönlichkeit Nikischs: als er, tot, ein Schicksal erfüllt, mußte die Musik stumm werden, mußten Philharmonie und Gewandhaus den Alltag abbrechen, halbmost fliegend in den Großtempeln seiner Kunst. Aber es blieb laut wie sonst, das Leben; es trauerte mit Posaunen und Fanfaren. Die Suche nach dem Nachfolger gliederte durch Deutschland. Einer der drei Berliner Präsidentsen, Furtwängler, nicht nur der jüngste, sondern auch der begnadetste unter allen, leitete die Erinnerungsfest. Er dirigierte die Eroica und begleitete Raab-Brodmann zu den vier ersten Gefängen von Brahms. Ich gestehe, daß hier vor allem, und später, nur noch im Trauermarsch der Sinfonie etwas von Befestigung im Leid zu fühlen war. Hier war unterdrückte Träne im Auge des Empfänglichen. Die Ränke, nicht die härteste Eingebung Brahms, ließ Rittels mit seinem Chor weidwoll ausstören. Hier hätte man — aus Gründen persönlicher Freundschaft und jahrzehntelanger künstlerischer Zusammenarbeit — Ochs am Puls gewünscht. Die Philharmoniker standen stumm und erarrissen beim Klängen des Choralis „O Welt, ich muß dich lassen.“ Sie fühlten, welche magische Kraft von ihnen gewichen war. —

Die Tage des Streiks zeigen, welche Ragnete stark genug sind, um uns auch bei Ueberwindung maßloser äußerer Schwierigkeiten noch anzuleben. Ehrlich gestanden: wenige. Die Säfte sind kalt und leer, das Fleisch ist schwach, der Geist ist müde. Gustav Bracher ist ein Musiker von eigenem Gesicht; er schreibt eine gekleihte, eine gute Feder, er steht literarisch und psychologisch seinen Mann. Hätte er doch Nikisch, dessen Weltensort er so schön und so tief erkannte, ein wenig von der Grazie, der Sicherheit, der bewegten Ruhe zweier Hände abgesehen! Dieses Schließen der Arme, diese Weichheit der Handführung läßt uns nie bei ihm sicher werden. Am Bolsopernkonzert holt er alle Humore, alle Unbedenklichkeiten, alle grotesken Witzeln der Petrusfisch-Länge von Strawinsky aus dem augeräumten Orchester heraus. Die Musik überreich an Farben und Entzerrungen, genial in der instrumentalen Komposition, streift die Grenzen des feinen Geschmackes. Im Augenblick läßt sich die doch Überflächlichkeit, und das Lachen über eine höchst geklungene Reiterkosen-Imitation muß schreien. Den Russen Kochmannoff erlebte der Balte Erdmann gläubig und groß; Scriabin'ses Nocturne muß heute mit gleicher Ehrlichkeit und gesichertem Silbgeföhl Schulmann. Des Russen Vater, Chopin und Schumann, stehen uns näher; aber nicht, wenn ein Pepito Arriola ihnen eine

## „Festigung des Kapitalismus“.

In ihrem voranzuführenden Rachegeföhl über die Beendigung des Streiks entrüstet sich die „Rote Fahne“ besonders darüber, daß die Rentabilität der Betriebe — sie setzt das Wort bezeichnenderweise in höhnische Gänsefüßchen — wiederhergestellt werden soll. Sie meint dazu:

Das Tragische und ungemein Bittere an dieser Tatsache liegt für die Beamten und die Arbeiterschaft darin, daß es sogenannte Arbeiterführer waren, die zur Festigung des Kapitalismus und zu dessen Triumph beigetragen haben.

Festigung des Kapitalismus — in diesen drei Worten liegt die ganze Schwindelmethode der Kommunisten zutage. Sie haben den Arbeitern einen Streik gegen den Kapitalismus vorgelogen, der in Wirklichkeit ein Streik gegen den Sozialismus war.

Kapitalismus bedeutet nach Karl Marx, dessen Lehren angeblüh auch für die KPD. grundlegend sind, das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Er bedeutet, daß auf Grund dieses Privateigentums eine kleine Gruppe von Einzelpersonen den Gesamtüberschuß in ihre Tasche schieben läßt.

Wir fragen nun: Wer und wo sind die Privateigentümer der Eisenbahn, der Straßenbahn, der Gas- und Elektrizitätswerke? Wie heißen die Privatpersonen, die den in diesen Betrieben erzeugten Mehrwert einstecken? Die „Rote Fahne“ nenne uns einen einzigen Kapitalisten, der Ruhm dieser Betriebe ist, und wir wollen uns gelassen erklären.

Es gibt auch nicht einen. Selbst wo diese Betriebe — die meisten arbeiteten bisher mit Defizit — Ueberflüsse abgeworfen hatten, sind diese Ueberflüsse der Volksgemeinschaft zugute gekommen. Sie haben sich durch Erleichterung der staatlichen und städtischen Steuerlasten bemerkbar gemacht, genau wie umgekehrt die leider weit größeren Fehlbeträge durch die Steuern aller, auch der Arbeiter gedeckt werden mußten.

Nichts hat zur Festigung des Kapitalismus bisher so beigetragen, als gerade diese Fehlbeträge, als der Hinweis: die sozialisierten Betriebe arbeiten mit Unterbilanz zu einer Zeit, wo Privatbetriebe ungeheure Gewinne abwerfen. Und wo man daran geht, diesen Uebelstand zu beseitigen, wo man die Betriebe der Allgemeinheit wenigstens so weit rentabel machen will, daß sie sich selber tragen, redet die „Rote Fahne“ von einer „Festigung des Kapitalismus“. Nichts kann in Wirklichkeit den Kapitalismus mehr schwächen als die Rentabilität der sozialisierten Betriebe.

Das ist das Verbrechen der Kommunisten, daß sie statt des kapitalistischen Systems den Arbeitern den Betrieb als solchen als ihren Feind hinstellen, auch wenn der Betrieb ein nichtkapitalistischer ist. Mit solcher Methode lassen sich wohl unheilvolle Streiks entfesseln. Wie aber will man jemals mit einer Arbeiterschaft den Sozialismus aufbauen, die verlernt hat, zwischen dem Betrieb als solchem und der kapitalistischen Betriebsform zu unterscheiden, die auch in gemeinwirtschaftlichen Betrieben einen „kapitalistischen“ Feind sieht?!

## Die Grundlagen der Disziplinierung.

In der Regierungserklärung zum Eisenbahnstreik vom 7. Februar war mitgeteilt worden, daß die Reichsregierung beim sofortigen Abbruch des Streiks von Massen Disziplinarverfahren und Massentilgungen absehen werde. In den gestern betanntgegebenen, vom Kabinett aufgestellten Richtlinien für die Disziplinierung der Eisenbahnbeamten, die sich am Streik beteiligt haben, wird ausgesprochen, daß das förmliche Disziplinarverfahren nur gegen die Führer und Urheber des Streiks sowie gegen Saboteure Anwendung finden sollte. Im übrigen würden nur Ordnungsstrafen zur Anwendung kommen.

Nach dem Reichsbeamtengesetz kann, wie uns von maßgebender Seite mitgeteilt wird, eine Pflichtverletzung des Beamten ge-

ahndet werden 1. durch Ordnungsstrafen und 2. durch Entfernung aus dem Amte.

Die Ordnungsstrafen werden im Verwaltungswege durch die Behörden verhängt, bei welcher der Beamte Dienst tut. Der Beamte hat das Recht, daß er vor der Verhängung einer Ordnungsstrafe gehört wird und daß die Strafe schriftlich begründet wird. — Er hat weiter ein Beschwerderecht bei der nächstübergeordneten Behörde bis zur obersten Reichsbehörde bzw. bis zum Reichskabinett. Als Ordnungsstrafen können verhängt werden: 1. Warnung, 2. Verweis, 3. Geldstrafe bis zur Höhe eines Monatsgehältes.

Zwecks Entfernung aus dem Amte muß ein Disziplinarverfahren anhängig gemacht werden. Dieses Disziplinarverfahren wird durch das Reichsbeamtengesetz geregelt. Es ist dem ordentlichen richterlichen Strafverfahren nachgebildet und mit allen Formalitäten und Kautelen versehen. Das Disziplinarverfahren wird geführt vor Disziplinarföhmern, die in Provinzen bzw. Ländern ständig eingerichtet sind. Ihnen übergeordnet als Appellationsinstanz ist der Disziplinarhof in Leipzig. Die Mehrheit des Gerichtshofes besteht in beiden Fällen aus Richtern. Das Disziplinarverfahren ist ein mündliches, öffentliches und kontradiktorisches Verfahren, das auch Zeugenvernehmungen zuläßt. Die Anklage wird erhoben und vertreten durch den Staatsanwalt. Der Beklagte kann sich durch einen Verteidiger vertreten lassen.

Bemerkenswert ist, daß nach der Regierungserklärung vom 7. Februar die Reichsregierung nur auf die Angängigmachung von Disziplinarverfahren und auf Massentilgungen verzichtet hat, aber bezüglich der Verhängung von Ordnungsstrafen keinerlei Bindung eingegangen ist.

## „Ein deprimierendes Merkzeichen“.

In der Abendausgabe der „Freiheit“ vom Donnerstag lesen wir unter der Ueberschrift „Randbemerkungen zur Streikbewegung“ u. a.:

„Als am Sonntag trotz des Streikes der städtischen Arbeiter in einem großen Teil der Stadt die Wasserversorgung funktionierte, war überall, zunächst noch schüchtern, das Wort: Technische Rothhilfe zu vernehmen. Als am Dienstagabend, also noch vor der Wiederaufnahme der Arbeit, das elektrische Licht auf allen Straßen Berlins wieder brannte, wurde das gleiche Wort in weiten Kreisen der Bevölkerung schon lauter und schließlich im Tone der Befriedigung ausgesprochen. Am Montag kündigte Herr Böhm an, daß er im Laufe von 24 Stunden mit Hilfe der Technischen Rothhilfe auch die Gaswerke in Betrieb nehmen werde. Viele hielten das zunächst für einen Bluff zur Einschüchterung der Streikenden, gestern Abend glaubte man es bereits.“

Und dieses ist eines der deprimierenden Merkzeichen dieses Streiks. Die Technische Rothhilfe, die bis vor kurzer Zeit noch aus einem hilflosen Häuflein von Vuschern bestand, ist durch diesen Streik endgültig auf die Beine gestellt worden. Sie hat sich in den Augen weiter Kreise der Bevölkerung als brauchbar erwiesen.

Wir haben die Technische Rothhilfe seit dem ersten Tage ihrer Existenz auf das bestmögliche befragt. Wir werden auch jetzt nicht unterlassen, sie als eine organisierte Garde von Arbeitswilligen zu betrachten und entsprechend zu behandeln. Aber wir dürfen uns auch nicht darüber täuschen, daß durch die jüngste Bestellung dieser Organisation der gesamten Berliner Arbeiterschaft ein außerordentlich schwerer Schaden zugefügt worden ist. Die Idee der Technischen Rothhilfe hat heute in viel weiteren Kreisen Sympathie als zuvor, und der Kampf gegen sie, den die Gewerkschaften trotz allem nicht unterlassen dürfen, ist dadurch außerordentlich erschwert worden.“

Die Erklärung eines unabhängigen Stadtrats: „Wir können uns glücklich preisen, daß wir eine Technische Rothhilfe haben!“ steht im Widerspruch mit der heldenhaften Kampfanzeige der „Freiheit“ an die Adresse der Rothhilfe, die „sich in den Augen weiter Kreise der Bevölkerung als brauchbar erwiesen hat“.

Reichsminister a. D. Dr. Heinze ist zum deutschen Schiedsrichter am deutsch-polnischen und deutsch-tschechoslowakischen genüßten Schiedsgerichtshof ernannt worden.

Steißigkeit und Härte verleiht, die den heimlichen Bauherren“ aufjählig macht. Mischa Elmans Weigenton hat ein Zufalls-Rebengetränk bekommen, das in einer Partita von Bach die Beiseitigkeit verdeckt. Und seine unwillkürlich wachsende Kämpferstellung erinnert peinlich an einen Krieg, den der brillante Spieler doch wahrhaftig nicht mit seinem Instrument und mit den Augen des Publikums zu führen braucht. Abwärts der Heerstraße vertieft sich Heinrich Michaelis in Klang und Wesen Stormischer April, ein weicher und beherzter Sprecher, dem Gultmann, Schröder, Bringsheim musikalische Helfer sind. S. Hermann ist ein neuer Name; doch erfüllt, was er sagt, noch keine kleine Sehnsucht. Die große sinfonische Dichtung „Dantons Tod“ ist nicht ungeföhrt gemacht, aber vorerst nur im breiten Auswahls milder oder groß bengalisch beleuchteter Neuföhrligkeiten, ohne röhymische Abwechslung, in den Modulationen und in manchem Bläserföh mehr begabt-dilettantisch, als künstlerisch ernst. Viel Klischee auch in den Liedern, die ebenfalls nur eine schwerblütige, melancholische Art haben und bei allen tonmalerischen Bewussten im Reim der Dichtung nicht verwurzelt sind. Aber aus Vera bewährte beim Dirigieren der sinfonischen Dichtung seinen Ruf, ein bezwingender, temperamentvoller, musikalischer Stabwart zu sein.

Der gereizte Intendant. Max von Schillings hat — vgl. die Mitteilung im politischen Teil — sehr Unerfreuliches über die Musikkritik geföhrt. Nach dem Bericht, dessen Genauigkeit nachzuprüfen bleibt, erklärte er, die Berliner Presse erschwere es ihm, gute Kräfte an sein Institut zu ziehen. Nun, das heißt doch, dem Unmut erpößt und ohne rechte Tatsachensätze Luft machen. Es wurde oftmals auf die Zerföhung des Ensembles, auf die Kompetenzschwierigkeiten bei Kollabeselegung und Kooptationswahl hingewiesen; es wurde eine Richtung in Sachen musikalischer Vorwärtsentwicklung vermischt, es wurden Bedenken laut gegen einen dauernden Wandel an ersten Dirigenten, an Regietaten, an klar und einheitlich bestimmtem Geschmack. Das Gute und das Strahlende wurden mit Lob überschüttet. Aber unzählige Opern sind fast nur mit Gästen aufföhbar. Wir haben, wo es ging, nach guten Kräften geföhrt. Solisten, die nicht bloß Ersehnt, sondern vollwertiger Besitz werden sollten; wir riefen laut nach dem neuen Geist und plädierten für Entlassung des Intendanten, der volle Verantwortung tragen, aber dafür, auch allein über alles künstlerische entscheiden sollte. Wir trauen ihm auch heute noch alles zu, was wir bei seinem Engagement an seiner Person gröhnten. Daß er die schwierigen Verhältnisse der Oper, ihrer Betriebsräte, ihrer Eitelkeiten und Einspruchsrechte lokal überwunden hat, ist ein historisches Verdienst. Ein Verfall der Oper ist noch nicht da, aber die Anfänge schreien uns. Ohne Animosität und ohne den Anlageweifer groß überzunehmen, werden wir Schillings in seiner Arbeit objektiv weiter verfolgen, das Neue und Bestehende preisen, das Halbe kritisieren. Denn dazu sind wir letzten Endes da.

Minister-Architektur und „Proleten“-Architektur. In der Januarnummer von Paul Westheims „Kunstblatt“ lesen wir: „Selection“, die beiföhliche Zeitschrift, ruft uns zu einem Protest wider einen Vorfall, den sie als „architektonischen Bandaitismus“ bezeichnet. In Brüssel, in der Avenue Louise, steht ein Privothaus, erbaut von Horta, der neben von de Weille und Otto Wagner Begleiter der

neuen Baukunst war. Hortas erste Bauten sind historische Dokumente dieser neuen Baugesinnung. Die Villa in der Avenue Louise erhielt einen neuen Besitzer. Der fand wenig Gefallen an der hortenischen Fassade, über die er als Besitzer das Verfügungsrecht erworben hatte. Er bestellte sich also einen Akademiker, ein Mitglied der Igl. Kommission des Bauwesens, und ließ den Horta-Bau in seinem Geschmack anpassen. Dieser Mann, der einer geistig-künstlerischen Leistung so eigenartiges Verständnis entgegenbrachte, ist der Baron Descomps-David, der — ehemalige Minister für Kunst und Wissenschaft. Böse Jungen behaupten, wie „Selection“ noch bemerkt, daß dem Herrn Exminister die Gleichgültigkeit seiner Villa mit der Architektur des Brüsseler — sozialistischen — Volkshauses, der großen Leistung Hortas, auf die Nerven gegangen sei. — Dieser Baron hat die Tendenz unserer Zeit richtig erkannt: für das sozialistische Proletariat ziemt sich das baukünstlerische Meisterwerk und der kulturell zurückgebliebene Adel mag sich mit akademischem Klischee begnügen!

Potsdamener. Der Potsdamer Magistrat hat „künstlerisches“ Rotgeld herausgegeben. Darunter eine fünfzig-Pennig-Serie von sechs Stöck, auf denen je ein Vertreter der früher in Potsdam untergebrachten Garde-Regimenter abgebildet und eine Verszeile zu lesen ist. Die Zellen ergeben zusammen folgendes geistreiche Gedicht:

Soldatenbild? Hast du Worte???  
Det is ja freche Reakson!!!  
Kof schnell een Ding  
Bon jede Sorte  
Und steh et in —  
Wach sind se schon.

Wach sind se schon — die prunkvollen „Boddenflecker“, „Mehlsäcke“ und „Struppenjungens“, denen die Potsdamer Kommunalverwaltung offenbar schmerzlich nachtrauert. Aber der Vordegeiß geht, wie es scheint, noch immer um und hat in Potsdam seine bleibende Stätte gefunden. Dieser Geist, der uns in der ganzen Kulturwelt beliebt gemacht und nicht zuletzt bewirkt hat, daß wir jetzt in die Notwendigkeit verkehrt sind, Rotgeld drucken zu lassen.

Phantastische Porzöföh. Die Briefmarken in Sowjetrußland werden bis zu je 1000 Rubel hergestellt. Unerlel Symbole der Freiheit und Gleichheit trägt der phantastische Druck und zeigt den weißen Sowjetlern im Winterföhde. Ein Brief von Petersburg bis Kopenhagen kostet heute 10000 Rubel Postlo! In normalen Zeiten war ein Rubel etwa 2,20 M. wert.

Gurnanna durch den Reichspräsidenten. Der Reichspräsident hat die Gurnanna durch den Reichspräsidenten ernannt. Der Reichspräsident hat die Gurnanna durch den Reichspräsidenten ernannt.

Märkliche Vorföhre. Das Sternberger Land, die Landeshauptstadt Frankfurt, Krollen, Lausitz, das Weinland der Mark und die reichen Löhre der Pleiade, Griefel und Glana wird Ostar Bolle an Hand von 110 Künstlerbüchern in natürlichen Farben in einem, mit weiteren Erinnerungen gewandertem Vorföhre am 11., abends 8 Uhr, im Hörsaal des Kunthauswerde musseum 11., Albrecht-Strasse 7a, Griefel, Karten zu 4,50 und 3,50 M. an den Konzertsälen Westheim, Boie u. Bod uhn, und der Abendföhle.



# Ein alldeutscher Held.

## Schiele bekenn sich jetzt als Führer.

Der „Reichswart“ des Grafen Reventlow veröffentlicht ein langes Schreiben des freigesprochenen Kappisten Schiele an den Herausgeber. Dies Schreiben hat folgende Vorgeschichte: Wie wir in Nr. 610 des „Vorwärts“ vom 27. Dezember 1921 mitteilten, hat Graf Reventlow den Kappisten ihr unmännliches Verhalten vorgeworfen, das er sowohl in ihrer Flucht als in der Art ihrer gerichtlichen Verteidigung erblickte.

Gegen diese Vorwürfe sucht sich nun Dr. Schiele zu verteidigen. Seine Abwehr ist äußerst matt. Herr Schiele, der fortgesetzt über den „deutschen Ordnungspolitiker“ schimpft, der nur solche Gegenrevolutionen gutheißt, die mündelischer Vorbereitung seien, bemerkt nicht, daß er sich selber als Typ erster Ordnung dieses Phylisteriums zu erkennen gibt. Denn sein Hauptargument, mit dem er sein Verhalten entschuldigt, lautet: „Ich bin Familienvater und habe an meine sechs-köpfige Familie zu denken.“ Sehr zutreffend bemerkt Reventlow in seinem Nachwort hierzu, daß man sich so etwas eigentlich vorher überlegen müsse. Das Erstaunliche an Schieles Rechtfertigung ist jedoch nicht sein Bekenntnis zu deutschem Mannesmut, gemildert durch Familienrücksichten, sondern der Hyminismus, mit dem dieser Herr gesteht, das Reichsgericht belogen zu haben. Er schreibt:

„Seine innersten Pläne wird jeder für sich behalten haben. ... Wir hätten natürlich auch sagen können: Jawohl, wir wollen Führer gewesen sein. Dann müßte das Gericht verurteilen; ich soll auf fünf Jahre im Gefängnis und wurde auf 300 000 M. Gerichtsosten für alle Zeit mit meiner sechs-köpfigen Familie ruiniert. Ich hätte mich zwar vollkommen auf diese Möglichkeit eingestellt, aber die Aussicht, dann bei einer Partei, die uns politisch und moralisch im Stich ließ und deren Presse uns beschimpfte, betteln zu müssen (gemeint ist die deutschnationale Partei. Red. d. B.), war keineswegs angenehm. Ich ziehe die Freiheit vor. Ich bin mir zwar bewußt, vieles verschwiegen zu haben, aber nichts gesagt zu haben, was einer Verleugnung des Unternehmens gleichkäme.“

Herr Schiele bekenn sich mit diesen Zeilen unzweideutig, daß er tatsächlich Führer gewesen ist, das Gericht aber aus „Liebe zur Freiheit“ und Angst um seine hochbedeutende Person beschwindelt hat. Wir machen den Oberreichsanwalt darauf aufmerksam, daß ein derartiges Geständnis eines freigesprochenen Angeklagten den Grund zu einem Wiederaufnahmeverfahren bietet.

Noch um einer persönlichen Sache willen müssen wir den Brief des Herrn Schiele zitieren. In Leipzig hatte ein Zeuge der Kappistenseite Genossen Ulrich Kauscher durch den Vorwurf feigen Benehmens lächerlich zu machen gesucht. Genosse Kauscher sah damals als deutscher Gesandter in Tiflis — er befindet sich jetzt auf der Heimreise — und konnte sich nicht verteidigen. Schiele schreibt:

„Was übrigens die Aussage über Herrn Ulrich Kauscher anbelangt, so habe ich es für meine Pflicht, zu bezeugen, daß mir von einem würdevollen, angstvollen Benehmen seinerseits nichts bekannt ist. Ich weiß aus meiner Begegnung mit ihm nichts davon, und halte es für meine Pflicht, dies zu bezeugen. Ich weiß, wie wehe es tut, als Abwesender wehrlos beschimpft zu werden.“

Wir registrieren diese Richtigstellung als den einzig sympathischen Zug des Schiele'schen Schreibens, das im übrigen beweist, daß das würdevolle angstvolle Benehmen ganz allein auf Seiten der Kappisten in Leipzig war.

In seinem Nachwort bekenn Graf Reventlow freimütig, daß er keineswegs prinzipieller Gegner des Kapp-Unternehmens war:

„Ein Gewaltstreik, der in meinen Augen dauernden Erfolg versprach, hätte mich zum Anhänger gefaßt. ... Das Recht der Gegenrevolution muß betont und aufrechterhalten werden. ... Es gab im Jahre 1919/20 Nationale genug, die von der Unsichtbarkeit eines solchen Unternehmens überzeugt waren und es nur deshalb mißbilligten, weil sie eben grundsätzlich nichts dagegen hatten, die aber nachher eintrifft waren über die unvollkommenen Vorbereitungen usw. usw.“

Aus diesen Zeilen ist klar ersichtlich, welcher Art die „Gegnerschaft“ der Deutschnationalen gegen das Kapp-Unternehmen gewesen ist.

# Der dreiprozentige Dertter.

Dem sozialdemokratischen Parlamentsdienst wird aus Braunschweig gedrahtet:

Dem ersten Fall Dertter folgt jetzt ein Ständal Dertter. Dem Braunschweiger „Vollstreckend“ ist ein Schreiben zugesandt worden, das von Dertter geschrieben und an einen Braunschweigischen Großfabrikanten gerichtet ist. Aus allgemeinem politischen Interesse lassen wir den Brief im Wortlaut folgen:

„Dertter Herr Dertter! Sie werden sich der Ueberzeugung nicht verabschieden, daß ich mich jederzeit bemüht habe, in Ihrem und dem Interesse Ihres Betriebes tätig zu sein. Es ist mir nun ein Bedürfnis, die Beziehungen, welche mich mit Ihnen verbinden, zu dauernden für Gegenwart und Zukunft zu machen. Ich schlage Ihnen deshalb ein vorläufiges Verhältnis vor, durch welches ich mich verpflichte, jederzeit mit Rat und Tat Ihnen zur Seite zu stehen, und — falls eine Ablösung von meinem gegenwärtigen Posten erfolgen sollte — dauernd in Ihre Dienste zu treten. Diese Verpflichtung würde alle Unternehmungen betreffen, an denen Sie beteiligt sind.“

Als Gegenleistung Ihrerseits schlage ich vor:

1. Solange ich auf meinem gegenwärtigen Posten bin (Braunschweiger Reichspräsident), sichern Sie mir aus dem durchschnittlichen Reingewinn Ihrer Unternehmungen 3 Proz. zu.
2. Wenn ich dauernd in Ihre Dienste trete, 10 Proz. des Reingewinns.
3. Die Abrechnungen darüber erfolgen am Jahresabschluss; doch kann ich Vorläufe auf die Abrechnungen erheben, und zwar für die Zeit unter 1. in Höhe von 2000 M. und unter 2. von 10 000 M.

Der Vertrag würde laufen vom 1. April 1921 bis zum 31. März 1923. Er kann jedoch von beiden Seiten zum Schluß eines jeden Jahres ein Vierteljahr im voraus gekündigt werden.

Diese finanzielle Regelung ist für mich erforderlich. Sie werden begreifen, daß ich jetzt schon Ausgaben da und dort habe, die leinerzeitige Fahrt nach Röhre bezüglich des Bodenwerbes für den Bruch. Es kommt mir mit den Ausgaben für den Chauffeur auf etwa 700 M., da ich einen eigenen Wagen benutzen mußte.

Ich hoffe, daß Sie mit meinen Vor schlägen einverstanden sind. Ihrer recht baldigen Antwort sehe ich entgegen.“

Dertter hat eingehenden, den Brief selbst gedruckt zu haben. Schon dieses Geständnis stellt unsere Fraktion, die nach am Sonntag beschlossen hatte, eine rein sozialistische Regierung auf der Basis einer engen Arbeitsgemeinschaft mit der unabhängigen Fraktion zu bilden, vor eine völlig neue Situation. Sofort nach Kenntnisnahme des Briefes fragte die sozialdemokratische Fraktion des Braunschweigischen Landtages bei der unabhängigen Fraktion an, wie sie sich jetzt zu Dertter zu stellen gedenke, ob sie gewillt sei, ihn noch weiter in ihren Reihen zu dulden, oder ob sie beabsichtige, Dertter zu veranlassen, auf Grund des Briefes an Bismarck das Landtagsmandat niederzulegen.

Ausdrücklich wurde betont, daß das Verhalten der Unabhängigen bei der folgenden Regierungsbildung für unsere Fraktion von größter Bedeutung sei. Die Antwort der Unabhängigen, die am Mittwochabend erfolgte, ist nicht so ausgefallen, wie es erwartet wurde. Dertter ist nicht aus der Fraktion ausgeschlossen worden, sondern der Fall wurde einem Untersuchungsausschuß der Partei unter Einbeziehung des Zentralkomitees der USF zur Klärung überwiesen. Sollte Dertter nicht aus der Fraktion der Unabhängigen ausgeschlossen werden, so dürfte damit die Bildung einer rein sozialistischen Regierung in Braunschweig gesichert sein. Eine Beilegung der Regierungskoalition mit der Persönlichkeit Dertters, oder einer Fraktion, der Dertter angehört, wird die Sozialdemokratie vor ihrer Wählerchaft niemals verantworten können.

# Preussische Kunstfragen.

Im Hauptauschuß des Landtages berichte Abg. Dr. Heß (Z.) über das Theaterwesen. Die beiden Staatstheater haben einen großen Aufschwung genommen. Berlin leiste für die Staatstheater nichts, während z. B. Kassel für sie 750 000 M., München 2 Millionen aufwende und Hannover das Staatstheater ganz übernehmen habe. Das Theater sei zurzeit keine „moralische Anstalt“. Mit Prozessen kommen wir nicht weiter; man muß positiv das Gute fördern. Eine Landesbühnenorganisation könnte „bühne schaffen“. Besondere Pflege bedürfen die Grenzbezirke. Die Freie Volksbühne und ähnliche Organisationen müßten unterstützt werden. — Genosse Haenisch fragt an, wie es mit der Verteilung des Schillerpreises stehe. Das Kultusministerium müsse für die Theater zuständig sein. Kultusminister Boettig stellt die Entscheidung über die Vergebung des Schillerpreises in baldige Aussicht. An der Geburtsstagsfeier für Hauptmann werde man sich durch Theateraufführungen und Prämien beteiligen. Abg. Frau Rosä (Dn.) spricht die Erwartung aus, daß das Schauspielhaus wieder das erste Berliner Theater werde. Sie begründet den deutschnationalen Antrag auf Einsetzung von Mitteln, um die darstellende Kunst zu fördern. Gastspiele der Staatsbühnenmilitär in anderen Städten, Theaterkulturverbände und Wandtheater zu unterstützen. Die Kunst muß auf christlich-deutscher Grundlage stehen. Abg. Dr. Schwering (Z.) weist auf die schwierigen Theaterverhältnisse in den besetzten Gebieten hin und wünscht, daß die Staatstheater im Rheinland Gastspiele geben. Intendant Jesner vom Schauspielhaus legt

die finanziellen Schwierigkeiten

dar. Die Preise hätten erhöht werden müssen. Für die ersten Plätze werde jeder Preis gezahlt. Die billigen Plätze sollten nicht erhöht werden. In der Frage der Gastspiele seien Verhandlungen mit Köln angeknüpft. Veranstaltungen in kleineren Städten scheitern am Widerstand des Verkehrsministers. Intendant des Opernhause v. Schilling äußert, daß die Kindertruppen der Revolution, die sich auch an der Staatsoper geltend machten, glücklich überwunden seien. Dem Etat der Oper bereite die wachsende Teuerung große Schwierigkeiten. Durch Gastspiele seien 1 1/2 Millionen erarbeitet worden. An Zeitströmungen könne man nicht ganz vorbeugen. Die Berliner Pressekritik erschwere die Heranziehung tüchtiger Kräfte. In der weiteren Aussprache tritt Abg. Buchhorn (D. Sp.) für die Forderung der Geburtsstages von Gerhart Hauptmann ein. Abg. Schölich (Soz.) begründet einen gemeinsamen Antrag, der für die Breslauer Theater 4 Millionen außerordentlich verlangt. Die anderen Städte Schlesiens sollten von Breslau aus versorgt werden. Abg. Frau Gernich (D. Sp.) und Abg. Hoff (Dem.) traten ebenfalls für den Antrag Schölich ein.

Beim Abschluß

Mußt

fordert der Berichterstatter Dr. Heß, daß neben der Kunstmusik auch die Volksmusik gepflegt werden müsse. Die Ausbildung der Gesangslehrer lasse zu wünschen übrig. Ein Regierungsvertreter erklärt, beim Abbau der Seminare entziehen Schwierigkeiten bezüglich der musikalischen Ausbildung der Lehrer. Die Aufbauschulen und die höheren Lehranstalten müßten, etwa in Form wahrer Kurse, der Musikpflege erhöhte Aufmerksamkeit widmen. Bei Aufnahme in die pädagogische Akademie seien musikalische Kenntnisse nachzuweisen. Auf eine Anfrage Hellmann (Soz.) erklärt Minister Boettig: In Bayern schweben Verhandlungen mit dem Päpstlichen Stuhl über den

Abschluß eines Konkordats.

Ueber den Inhalt sei nichts bekannt; es müsse dem bayerischen Landtag vorgelegt werden. Auch in Preußen würde gegebenenfalls analog vorgegangen werden. Die Frage eines Konkordats zwischen dem Deutschen Reich und dem Papst habe das Preussische Staatsministerium nicht beschäftigt.

Es werden angenommen der Antrag auf Bereitstellung von 4 Millionen Mark für königliche Theater, auf Erhöhung der Beihilfen für Kunstzwecke und Künstler auf 2 Millionen Mark, auf Einsetzung von 600 000 M. für das Rechnungsjahr 1922 zur Förderung von Kunstvorstellungen und auf Ausgestaltung des Instituts für Kirchenmusik zu einer Akademie für Schul- und Kirchenmusik. Annahme fand auch der Antrag, das Staatsministerium zu ersuchen, alsbald der Gründung einer Landesbühnenorganisation näherzutreten und erstmalig in den Haushalt für 1922 eine Summe von 3 Millionen Mark für Landesbühnenzwecke einzusetzen, insbesondere für die Schaffung und Haltung der Landesbühnenorganisation. Schließlich wurde in der Gesamtabstimmung der Kultushaushalt gegen Kommunisten und Unabhängige angenommen.

# Produktive Erwerbslosenfürsorge.

Erhöhte Sätze.

Mit Wirkung vom 5. Dezember 1921 traten für die produktive Erwerbslosenfürsorge an Stelle der bisherigen Sätze folgende neue Sätze:

für Ortklasse	A	B	C	D/E
Mark	27	24,75	22,50	20,25

Bei Wohnungsbauten ändern sich die bisherigen Sätze für jeden Kubikmeter umbauten Raumes wie folgt:

a) bei Zugrundelegung der zweifachen Eignung an Erwerbslosenfürsorge:

für Ortklasse	A	B	C	D/E
Mark	126	114	108	102

b) bei Zugrundelegung der zweieinhalbfachen Eignung an Erwerbslosenfürsorge:

für Ortklasse	A	B	C	D/E
Mark	156	139	132	123

Eine Erhöhung des Zuschusses für bereits vor dem 5. Dezember 1921 anerkannte Maßnahmen kann nur in besonders begründeten Ausnahmefällen eintreten, z. B. wenn die Anstellung langfristige Erwerbsloser in großem Umfange in Frage kommt.

# Zehnstündige Arbeitszeit in Polen.

Der polnische Landtag hat mit 189 gegen 61 Stimmen ein Gesetz über die zehnstündige Arbeitszeit im Handelsgewerbe angenommen. Ein Antrag, wonach Handelsgeschäfte ununterbrochen 10 Stunden ohne Mittagspause geöffnet sein müssen, wurde gleichfalls angenommen.

# Auch Orlando lehnt ab.

Wie die Agenzia Stefani meldet, hat auch Orlando auf die ihm angebotene Kabinettsbildung verzichtet, da er zu einer Einigung mit der Populärpartei und der demokratischen Partei nicht gelangen konnte. Durch den Verzicht Orlando habe sich die parlamentarische Lage in Italien noch verwickelter gestaltet.

# Zur Arbeitsaufnahme in Berlin.

Der Magistrat hat zur Herbeiführung eines einheitlichen Verfahrens nach Abbruch des Streiks in später Stunde folgende Anordnung bekanntgegeben:

Diejenigen Arbeiter und nicht ständigen Angestellten, die entgegen dem Aufruf ihre Arbeit am 7. Februar, nachmittags 2 Uhr, nicht aufgenommen hatten, gelten als entlassen. Soweit sie sich nach diesem Zeitpunkt zum Dienstantritt gemeldet haben oder noch melden, sind sie neu einzustellen, und zwar möglichst in der Reihenfolge ihres Dienstalters unter besonderer Berücksichtigung der Verheirateten, vorausgesetzt, daß ihre Stellen nicht bereits anderweitig besetzt sind und überhaupt noch ein Bedarf für Neueinstellungen vorliegt. Die Einschränkung von Neueinstellungen auf den wirklich notwendigen Bedarf ergibt sich aus der schwierigen Finanzlage der Stadt. Eine Bezahlung der Streiklöhne erfolgt selbstverständlich nicht; Lohn- und Vergütungszahlungen beginnen lediglich mit dem Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme. Den Neueintretenden sind die Rechte aus ihrem früheren Arbeitsvertrage zuzugestehen mit dem Vorbehalte der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung. Die Einstellung erfolgt auf der Grundlage des letzten Schiedspruches des Reichsarbeitsministeriums.

Die Dienststellen und Bezirksämter sind ersucht worden, dafür zu sorgen, daß sowohl die in Arbeit Verbliebenen als auch die Neueingestellten unter keinen Umständen von irgend jemand befristet oder geschädigt werden. Jeder Versuch in dieser Richtung soll die sofortige Entlassung nach sich ziehen. Schließlich sollen alle zentralen Dienststellen und Bezirksämter Beschwerdekommissionen einsehen zur Entscheidung über Beschwerden, die sich aus der Neueinstellung bzw. Abweisung ergeben.

# Kein neuer Berliner Teilstreik.

Die in später Nachtstunde verbreitete Meldung, daß die Belegschaft des Gaswerkes Tegel die Frage der Mahregelungen wieder aufgenommen und das Gaswerk Danziger Straße veranlaßt hätte, die Arbeit wieder auf die Kohlensarbeiten zu beschränken, und daß Tegel auch mit den übrigen Werken zum gleichen Zweck in Verbindung getreten sei, ist völlig unzutreffend. Es verbleibt bei den Mitteilungen des Magistrats, daß die gesamten städtischen Betriebe, insbesondere auch Danziger Straße, wieder im Gang sind, und daß lediglich beim Gaswerk Tegel morgen früh 7 Uhr noch eine Betriebsversammlung stattfindet, von der zu erwarten ist, daß sie ebenfalls zur Aufnahme der Arbeit führt.

# Pius XI. nicht deutschfeindlich.

Rom, 9. Februar. (E.B.) Die (katholische) Agentur „Volta“ erzählt aus dem Vatikan: Papst Pius XI. hat es lebhaft bedauert, daß ein Teil der französischen Presse seine Wahl als eine Verringerung der politischen Orientierung des Heiligen Stuhles in einem freundschaftlichen und deutschfeindlichen Sinne glaubt betrachten zu können. Sobald der Papst von dieser Behauptung Kenntnis erhielt, berief er Kardinal Bertran, Erzbischof von Breslau, zu sich und bat ihn in einer herzlichen Unterredung, Deutschland zu versichern, daß er alle Sympathien für die deutschen Katholiken hege und daß er alle Völker ohne jeden Unterschied und ohne jeden Vorzug liege.

# Wirtschaft

Die Abschlüsse des Elektromontanzerners.

Nachdem die Montanunternehmungen des Stinnes-Konzerns ihre Abschlüsse für das letzte Geschäftsjahr bekanntgegeben haben, werden auch die Ergebnisse der angeschlossenen Elektrowerke bekannt. Die Siemens u. Halske A.-G. in Berlin zeigt eine bedeutende Steigerung der Gewinnsiffern im Vergleich zu dem letzten vollen Geschäftsjahr 1919/20. Der Reingewinn ist von 15,3 auf 35,9 Millionen Mark gestiegen. In den zwei Monaten August/September 1920, die als Zwischengeschäftsjahr gelten, wurden 3,73 Millionen Mark Reingewinn erzielt. Aus dem Reingewinn werden nun auf das Aktienkapital von 130 Millionen Mark 20 Proz. Dividende verteilt, das ist die höchste bisher erreichte Ausschüttung. In früheren Jahren hatte sich die Gesellschaft in der Regel mit 12 Proz. Dividende begnügt. Ferner werden aus dem Reingewinn der Sonderrücklage 3 Millionen, dem Dispositionsfonds 1 Million und dem Reservefonds 2,58 Millionen Mark überwiesen. Vor Ermittlung des Reingewinns wurden jedoch 6 Millionen dem Wohlfahrtsfonds überwiesen, der zur Erweiterung der Fürsorgeeinrichtung, zu Siedlungszwecken und zur Sicherstellung von Pensionszuschüssen dient. Außerdem waren vor Ermittlung des Reingewinns in der Bilanz 30 Millionen Mark als Rückstellung für in Ausführung begriffene Erholungsanlagen abgesetzt worden, um für schon übernommene Verpflichtungen Vorsorge zu treffen. Die Bilanz zeigt also ein recht günstiges Bild.

Dasselbe gilt von der Schwefelergesellschaft, den Siemens-Schuckert-Werken A. m. b. H. Sie erhöhten gegen das Geschäftsjahr 1920 ihren ausgewiesenen Reingewinn von 12,47 auf 21,79 Millionen, ihre Dividende von 10 auf 16 Proz., nachdem vorher dem Wohlfahrtsfonds 12 Millionen zugesetzt und als Rückstellung 94 Millionen abgedacht sind. Auch bei dieser Gesellschaft werden die Rücklagen erhöht, und zwar auf 5 Millionen, dem Dispositionsfonds wird eine weitere Million zugewiesen. Die Dividende von 16 Proz. stellt gleichfalls die höchste bisher verteilte Dividende dar. Es ergibt sich also auch für diese Unternehmungen das gleiche Bild wie für die Montanzergesellschaften; sie konnten ihre Rentabilität beträchtlich steigern oder ihre Reserven erhöhen. Die Dividendensteigerung ist, da die beteiligten Gesellschaften nicht in demselben Umfange wie viele andere Unternehmungen der Privatindustrie ihr Kapital vergrößert haben, kaum als übertrieben anzusehen, zumal die Rücklagen vorher erheblich vergrößert worden sind. Das erste Geschäftsjahr nach dem Zusammenschluß mit dem Stinnes-Konzern hat aber auch in den Elektromontanzern bereits keine Früchte getragen, wenigstens für die Aktionäre. Ob auch für die Arbeiter, das wird sich erst dann übersehen lassen, wenn die Salutarikonjunktur regelmäßigeren Verhältnissen in der deutschen Wirtschaft gemessen sein wird.

Sarotti-A.-G. Bei der durch den Brand der Tempelhofer Fabrik notwendig gewordenen Umorganisation des Betriebes ist es innerhalb des Vorstandes und des Aufsichtsrates zu Meinungsverschiedenheiten gekommen. Ein Vertreter der schwedischen Gruppe Kanad, die an der Sarotti-A.-G. beteiligt ist, hat den Kauf der Schokoladenfabrik Groß abgeschlossen und wurde dafür in den Vorstand aufgenommen. Das gab Herrn Max Hoffmann Anlaß, aus dem Vorstand auszuscheiden, auch drei Aufsichtsratsmitglieder, darunter der bekannte Führer der D.D.P. Stresemann, legten ihre Ämter nieder. In diese Tatsachen, die im wesentlichen durch eine Mitteilung der Gesellschaft bestätigt, aber nicht genügend begründet werden, haben sich Gerüchte geknüpft, wonach Aktionärsinteressen geschädigt seien. Nach der letzten Bilanz und nach den Erklärungen des Unternehmens erscheint das ausgeschlossen. Wenn aber wirklich solche Deute geschädigt sein sollten, die in maßvoller Spekulativer Uebertriebung des Begünstigten auf drei neue Sarottaktien mit 50 000 M. bezagt haben, so wäre das wirklich kein Verlust, sondern eine heilsame Lehre.

Die erste Aktiengesellschaft in Rußland. Das russische Volkswirtschaftsamt hat die erste Aktiengesellschaft für Export und Import gegründet. 51 Prozent der Aktien hat das Volkswirtschaftsamt für Außenhandel erworben. Die restlichen 49 Prozent sind an verschiedene russische Trusts, Staatsunternehmungen und Privatpersonen abgegeben worden.



# Nach dem Berliner Streit.

## Die Wiederaufnahme der Arbeit.

Wie wir bereits in der Abendausgabe berichtet, wurden den Beschäftigten, die sich zur Wiederaufnahme der Arbeit meldeten, erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Einzelne Betriebsleiter gingen soweit, die Einstellung der Arbeiter von der Parteizugehörigkeit abhängig zu machen. Funktionäre und Betriebsräte wurden an verschiedenen Stellen rundweg abgelehnt. Vor allem aber war es ein den Arbeitern vorgelegter Revers, wonach sie neu eingestellt und zu den tariflichen Anfangslöhnen beschäftigt werden sollten, der zu neuen Differenzen führte. So kam es, daß sich durch die Nachpolitik einiger besonders „starker“ Männer die Wiederaufnahme der Arbeit erheblich verzögerte.

Um eine Regelung der Streitfragen herbeizuführen, wandten sich die Vertreter der Verbandsvorstände der Gemeinbearbeiter und der Transportarbeiter im Verein mit dem Vertreter des ADGB, Genossen Graßmann, gestern mittig an den Magistrat. Hier wurden denn eine Reihe der Maßnahmen der Betriebsleitungen als unvereinbar mit den Beschlüssen des Magistrats erkannt, die natürlich rückgängig gemacht werden. Der Magistrat gab die Zusicherung, daß der Revers zurückgezogen wird und die eingestellten Arbeiter wieder in ihre alten Rechte eintreten. Oberbürgermeister Böß hält zwar daran fest, daß die vor Streitabbruch bereits eingestellten Arbeiter nicht wieder entlassen werden sollen, versicherte jedoch, daß ihm im Interesse der städtischen Betriebe und der Stadterwaltung trotz des Vorgefallenen daran liege, auch in Zukunft mit der städtischen Arbeiterschaft in gutem Einvernehmen zu stehen.

Sobald sich weitere Schwierigkeiten ergeben sollten, ist Sorge getragen, daß dieselben jeweils täglich vorgebracht, nachgeprüft und beigelegt werden können, bis wieder alles in Ordnung ist. Die Verbandsvorstände haben damit alles getan, um ihre Mitglieder vor Nachteilen zu bewahren und vor Übergriffen zu schützen, was sie selbstverständlich auch weiterhin tun werden. Charakteristisch ist, daß während die Arbeiter sich fast durchweg weigerten, den Revers zu unterzeichnen, es in einem größeren Betriebe die Kommunisten waren, die diesen Revers bereits am Mittwochabend ohne weiteres unterzeichneten.

Der Magistrat beschäftigte sich in einer außerordentlichen Sitzung am Donnerstag mit den Grundfragen, die bei der Einstellung der neuen Betriebsbelegschaft angewendet werden sollen. Es wurde beschlossen, Schwierigkeiten hierbei, wie sie bei dem Umfang der Verwaltung und der großen Zahl der Betriebe entstehen können, im Sinne der mit den Gewerkschaften getroffenen Vereinbarungen zu lösen. Festgestellt wurde, daß mit der erfolgten Entlassung der im Auslande verbliebenen Arbeiter auch eine Neuwahl der Betriebsräte erforderlich geworden ist.

## Eine Erklärung des Magistrats.

Vom Nachrichtenamt des Magistrats Berlin wird gemeldet: Gegenüber den bekanntgegebenen Grundfragen des Magistrats, nach denen die Neueinstellung der Betriebsbelegschaft erfolgen wird, muß den von unverantwortlicher Seite verbreiteten Meldungen über angebliche Mißregelungen von 5000 Arbeitern, Verlust der Ruhegeldanspruch und Zurückverweisung in die unterste Lohnklasse auf das schärfste widersprochen werden. Der Magistrat ist ernstlich bemüht, die Lage, die für die Gesamtheit der entlassenen Arbeitnehmer nicht durch seine Schuld entstanden ist, für den einzelnen soweit zu mildern, als es die Rücksicht auf die Herstellung eines sicheren und wirklichen Ganges der städtischen Betriebe zuläßt. Um so nachdrücklicher wird aber auch allen Versuchen entgegengetreten werden, die darauf ausgehen, diese Bemühungen zu stören.

Der Magistrat hat eine Vorlage an die Stadtoverordnetenversammlung fertiggestellt, welche die Anrechnung früherer Dienstzeit bei der Lohnberechnung ausdrücklich vorsieht. Und es wird schon jetzt im Sinne dieser Vorlage bei der Lohnberechnung verfahren. Die Mitteilung über die Rückverweisung in die unterste Lohnklasse ist un wahr. Von Mißregelungen an sich kann gar keine Rede sein, geschweige denn davon, daß solche in 5000 Fällen schon vorliegen. Die Leitung der Straßenbahn hat im übrigen mit den Angestellten der Straßenbahn gestern Abend eine Besprechung gehabt, die eine ruhige Lösung vorhandener Schwierigkeiten erhoffen läßt. Vereinzelt Mißverständnisse werden sich sofort beheben lassen und sind zum Teil schon behoben. Die Wiederaufnahme der Arbeit ist bei allen Werken in vollem Gange. Der Magistrat arbeitet im übrigen nach wie vor Hand in Hand mit den Spitzenorganisationen der städtischen Arbeitnehmer.

## Betrübte Lohngüter.

In dieser Rolle agiert jetzt die „Rote Fahne“. Aus Karger darüber, daß nachdem der Eisenbahnstreik aufgehoben wurde, auch der unheimliche Streit gegen Berlin, trotz der denkbar eifrigsten Aufpeitschung der Gemüter, beendet wurde, jammert sie, daß „unerhörter Verrat“ der Gewerkschaftspitzen dem „heidenhosen Kampf“ das Genick gebrochen habe. Daß der Streit bereits am Dienstag zusammengebrochen war, dürfte auch dem kommunistischen Blatte nicht entgangen sein. Am Mittwoch kam es nur noch darauf an, einen möglichst guten Abgang herbeizuführen. Das wurde erreicht und der Mißerfolg, zu dem

dieser Streit von vornherein verurteilt war, trat durch die Abstimmung für seine Fortsetzung nur um so läppischer zu Tage.

Nach bewährten Mustern sieht die „Rote Fahne“ jetzt eine Dolchstoß-Legende auf, und beschuldigt den Führer der Berliner Angestellten, diesen „Dolchstoß“ vollführt zu haben. Es lohnt sich wirklich nicht, mit diesem sogenannten „Arbeiterblatt“, das den Interessen der Rechtsreaktion dient, zu rechnen. Wir begreifen keinen Schmerz, ob der fortgeschwommenen Felle und lassen es schimpfen. Zeigt doch der Ausbruch des Streits für jeden denkenden Menschen, daß nur die „Rote Fahne“ es war, die die wirklichen Interessen der Berliner Arbeiterschaft durch ihre Kapitulation zum Verharren in dem folgenschweren Irrtum, dem die Gemeinbearbeiter verfallen waren, verraten hat. Ist ihr doch jede Bewegung nur Mittel zum Zweck der kommunistischen Ruffabrik: wollte sie doch die nächste Gelegenheit zu einem Generalstreik nicht vorübergehen lassen.

## „Zum Generalstreik bereit“.

Am Mittwochabend schrieb die „Rote Fahne“ von Berichten, die ihr aus hundert von Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen aus Groß-Berlin oder durch Kuriers aus dem übrigen Reich zugegangen seien, als Beweis für die Tatbereitschaft der Arbeiterschaft. Da sie nur wenige der Berichte und Resolutionen bringen kann, greift sie nur die Kundgebungen einiger Belegschaften heraus, die der Firma Beermann, Berlin-Tempelhof, und die der „Kollegen der Firma Küstermann“. Die Beispiele sind in der Tat in sich für die kommunistische Sache. Während erstere Firma höchstens 300 Arbeiter beschäftigen dürfte, sind es bei letzterer kaum 100. Erstere erklärten, selbst vor einem Generalstreik nicht zurückzuweichen, letztere aber, daß sie keinesfalls gelassen seien, sich nach längerem vom Kampf zurückziehen zu lassen.

Geht man dem Ursprung solcher Resolutionen nach, mit denen die Arbeiterschaft aller Betriebe beauftragt wird, dann stellt sich heraus, daß sie größtenteils aus der kommunistischen Leitungsstelle herrühren oder doch von dieser inspiriert sind. Dieses Treiben führt dazu, daß schließlich auch wirkliche und wichtige Entscheidungen nicht mehr beachtet werden. Dabei darf es betont werden, daß diese ganze Resolutionsmacherei keinen Sinn und Zweck hat. Jede Belegschaft weiß, daß wenn sie irgendeine Forderung zu stellen hat, sie sich damit an ihre Organisation wenden muß.

## „Verraten und verkauft“.

Von den Hauptvorständen und dem ADGB lassen die in den Streit kommandierten Gemein- und Sackarbeiter nach den Ausführungen des Stroschenschaumburg in der Obseurkonferenz, verraten und verkauft worden sein. Sabotage soll von einem „Verrat der Gewerkschaftspitzen“ geredet haben, weiter aber behauptet haben, daß die „Freiheit“ und der „Vorwärts“ die Proklamation gegen die Streikenden aufheben hätten. Es ist eine menschenwürdige Schwäche, anstatt zunächst bei sich selber nach der Schuld zu fragen, sie anderen in die Schuhe zu schieben. Die Tatsache, daß die beiden Arbeiterblätter Berlin — die „Rote Fahne“ zählt nicht mit — von vornherein gegen diesen unglücklichen Streik Stellung nehmen mußten, sollte denn doch den Beteiligten zu denken geben und sie darüber belehren, daß die Mißachtung des Schlichtungsbeschlusses des Reichsarbeitsministeriums und die mindestens sehr übereilte Einstellung des Streiks ein großer Fehler war, den sie leider zu verantworten haben.

## Das zerrissene Mitgliedsbuch.

Zerrissene Mitgliedsbücher nach einem verfehlten Streik sind so sicher wie das Amen in der Kirche. Ueberzeugte Gewerkschaftsmitglieder sind es freilich nicht, die so unglücklich handeln und der Organisation den Rücken kehren, weil sie ihnen nicht verstanden konnte, was sie von ihr erhofften. Da aber nun einmal die Gewerkschaften leider noch nicht nur aus überzeugten Mitgliedern bestehen, sondern mit einer großen Zahl von Mitläufern zu rechnen haben, ist es Pflicht der überzeugten Kollegen, den Mißvergnühten klarzumachen, wie schlimm es ist, das Mitgliedsbuch zu zerschneiden. Der Erwerb des Mitgliedsbuches macht einen „Arbeitler“ noch lange nicht zum organisierten Arbeiter, er verpflichtet ihn vielmehr, es zu werden. Ich Klarheit zu verschaffen über Wesen, Wirken und Bedeutung der Organisation. Nicht ein einziger Streikendebener oder ein anderer städtischer Arbeiter könnte dann das Mitgliedsbuch zerschneiden, das er gerade jetzt am notwendigsten gebraucht, wo es gilt, einen Fehler zu erkennen und für die Zukunft richtig zu handeln.

## Reise in der Reichsdruckerei.

In drei überfüllten Betriebsversammlungen nahm die Belegschaft der Reichsdruckerei Stellung zu dem Ergebnis der Verhandlungen über die vom Ministerium geforderte Arbeitszeitverlängerung und Einschränkung des Mißbestimmungsrechtes. Mit außerordentlichem Gehalt hat die Betriebsverwaltung immer wieder auf dem Verhandlungswege versucht, zu einem befriedigenden Resultat zu kommen und dadurch den Beweis erbracht, daß sie kein Interesse an einem ernstlichen Konflikt hat. Trotzdem habe das Ministerium und die Direktion immer wieder neuen Konfliktstoff hinzugefügt. Die Direktion ist, ohne irgendeine Verständigung nachzusuchen, von der Gefügigkeit abzuweichen, bei den tariflichen Zulagen prozentuale Zuschläge zu gewähren und macht die weitere Bewahrung von einer Verlängerung der Arbeitszeit abhängig. Die bisherigen Forderungen sollen ebenfalls eine erhebliche Verschlechterung erfahren. Das Mißbestimmungsrecht wird in jeder Weise auf das größte vergrößert. Die Einstellungen sollen zum Teil nach Vorwertlisten erfolgen.

Die Diskussionsredner verurteilten die Haltung des Ministeriums und der Direktion und ließen keinen Zweifel darüber, daß das Personal nicht mehr gewillt ist, all die Verschlechterungen ruhig hinzunehmen. Nach dem Bericht der Verhandlungskommission wurde die Resolution der Vertrauenspersonenkommission angenommen, die besagt, daß die Belegschaft durch eine Urabstimmung befragt werden soll, ob sie gewillt ist, mit dem letzten gewerkschaftlichen Mittel die angebotenen Verschlechterungen abzumehren und ein besseres Arbeiterrecht durchzuführen.

## Der Angestelltenrat für die Metallindustrie!

In der vom Ortsrat der Groh-Berlin des Ato-Bundes zum Donnerstagabend nach „Haverlands Festsälen“ einberufene Ato-Funktionärerversammlung der Metallindustrie referierte Günther (Bütob). In einer äußerst lebhaften Debatte kam übereinstimmend die Meinung zum Ausdruck, daß der Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums abgelehnt werden muß. Von den 30 Ato-Vertretern wurde eine Urabstimmung verlangt, bevor neue Verhandlungen mit dem BEM eingeleitet werden. Mit überwältigender Majorität wurde aber nachstehende Entschließung angenommen: „Die am 7. Februar 1922 in „Haverlands Festsälen“ verfaßte Ato-Funktionäre der Berliner Metallindustrie haben eine Urabstimmung über Ablehnung oder Annahme des Schiedspruches für unwirksam erklärt. Sie sind der Meinung, daß die Verhandlungen, wie sie vom Reichsarbeitsministerium empfohlen wurden, unverzüglich aufzunehmen sind, um keinen weiteren Zeitverlust zu erleiden zu lassen.“ Das Ato-Ortsrat hat sich unverzüglich an den BEM gewandt und um Aufnahme der Verhandlungen gebeten.

## Die Verhandlungen im tschechischen Bergbau.

Die Verhandlungen zwischen den Bergarbeiterorganisationen und den Grubenbesitzern sind soweit vorangeschritten, daß im Laufe des Freitag Besprechungen in den einzelnen Kreislagen stattfinden konnten. Im Senat erklärte der Minister für öffentliche Arbeiten, daß die Regierung keine Schuld daran trüge, wenn die Krise im Bergbau zu einem allgemeinen Streik geführt habe. Es kämpften zwei entgegengesetzte Prinzipien gegeneinander. Auf Seiten der Bergarbeiter der Grundgedanke, eine Herabsetzung ihrer Lebenshaltung nicht zu dulden, auf Seiten der Grubenbesitzer der Leibeigenschaft, durch Herabsetzung der Löhne die Bedingungen der Kohlenproduktion zu erschweren. Wenn das Kompromiß, das jetzt in Aussicht stünde, daran scheitern sollte, daß eine der beiden Parteien aus Gründen, die nicht anerkannt werden könnten, nicht den guten Willen oder die Entschlossenheit aufbringt, den Konflikt friedlich zu schlichten, so sei die Regierung entschlossen, ihre ganze gesetzgeberische und exekutive Gewalt zur Anwendung zu bringen. Der Volkswirtschaftsausschuss der Sozialdemokratischen Partei lehnt in einem Schreiben an den kommunistischen Volkswirtschaftsausschuss ab, den von den Kommunisten geforderten Generalstreik zu Gunsten der Bergarbeiter zu unterstützen. Die Entscheidung über die geeigneten Mittel des gewerkschaftlichen Kampfes müsse den Gewerkschaften überlassen bleiben.

Das neue Abkommen im Einzelhandel, welches allen Angestellten eine Zulage von etwa 20 Proz. bringt, ist unterzeichnet. Die neuen Gehaltsätze sind im Verbandsbureau, Velle-Alliance-Strasse 7/10, erhältlich.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Heute 6 Uhr in den Festsälen, Neue Königsstr. 26, Volksversammlung sämtlicher im Zentralverband beschäftigter Arbeiter.

Verband der tschechischen Angestellten und Beamten. Ortsversammlung Karben III. Mitgliedsversammlung heute 7 1/2 Uhr „Zum Hagenhof“, Söde Müller- und Seestraße.

Zentralverband des Schuhmachers. Sonnabend vormittag 9 Uhr Versammlung der streikenden Kollegen der Reparaturbranche im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 24/25.

Verband der Transportarbeiterverband, Sektion V. Sonntag 9 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 24/25, Versammlung aller in der Groh-Berliner Metallindustrie beschäftigten Kollegen und Kolleginnen. 1. Geschäftsbericht und Wunsch der Sektionsleitung. 2. Aussprache. 3. Verschiedenes. Mitgliedsausweis ist am Eingangsportal vorzulegen.

## Aus der Partei.

Die Gattin Ignaz Auers, des langjährigen Führers der deutschen Sozialdemokratie, ist in Stuttgart, wie uns von dort gemeldet wird, plötzlich am Samstag gestorben. Ihre Verabschiedung ist am Donnerstag nachmittag bereits erfolgt. Die nunmehr Bestattungs hatte unsern alten „Nazi“ um fast 15 Jahre überlebt.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Franz Kühn, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Einheitsz. 2. Hierzu 1 Beilage und „Jugend-Vorwärts“.

Gegen rauhe aufgesprungene Haut

## CREME MOUSON

vollkommenstes Hautpflegemittel

---

**Stoffe** für Herren- u. Damen-Bekleidung  
 beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf unterw. an  
**Koch & Seeland** G. m. b. H.  
 Gertrudenstr. 20-21.

<h3 style="text-align: center;">Frisches Fleisch</h3> <p>Kalbskamm u. Brust <b>16M</b>                  Kalbsnierenbraten <b>18M</b>                  Kalbskeule ganz u. geteilt <b>18M</b>                  Schweineschinken <b>22.50</b>                  Schweinebauch, Blatt und Rücken <b>22.50</b>                  Gehacktes Rind- u. Schweinefleisch <b>17M</b></p>	<h2 style="font-size: 3em; margin: 0;">Lebensmittel</h2> <h1 style="font-size: 4em; margin: 0;">A. Wertheim</h1>	<h3 style="text-align: center;">Wurstwaren</h3> <p>Zwiebelleberwurst <b>19M</b>                  Rotwurst <b>19M</b>                  Sülzwurst <b>19M</b>                  Landleberwurst <b>25M</b>                  Jagdwurst <b>27M</b></p>
<p><b>Große Plötzen</b> <b>8.90</b>  <b>Seelachs ohne Kopf</b> <b>7.80</b>                  ganze Fische</p> <p><b>Makrelen</b> geräuchert <b>11.20</b>  <b>Bücklinge</b> prima Qualität <b>12.50</b></p>	<p><b>Suppen-Tauben</b> <b>14.50</b> Stück                  Im Erfrischungsraum ab 11 Uhr:  <b>Plunderbretzeln</b> <b>7.50</b></p>	<p><b>Margarine</b> <b>24M</b>                  Jelme  <b>Marmelade</b> mit 50% Zucker <b>6.20</b>  <b>Camembert</b> voll-jell <b>9.20</b>                  ca. 200 Gramm  <b>Quadratkäse</b> <b>17M</b></p>
<p><b>Große Gemüse u. Obst</b></p> <p>Kohlrüben gelbe <b>95Fr.</b> Pfund                  Weißkohl <b>3.20</b> Pfund                  Mohrrüben <b>2.00</b> Pfund                  Sellerie große Knollen <b>3.50</b> Pfund                  Märk. Rübchen <b>1.00</b> Pfund                  Maronen <b>6M</b> Pfund                  Kochbirnen <b>3.20</b> Pfund                  Mandarinen <b>15M</b> Pfund                  Zitronen große <b>95Fr.</b> Stück                  Feigen <b>9M</b> Pfund</p>	<p><b>Ausländischer geräuchert. Speck</b> <b>28M</b> Pfund  <b>Leberwurst</b> <b>16.25</b> 2 Pfd. Dose</p>	



Wiederkehr der Ordnung. Der Aufbau des Eisenbahnverkehrs.

Bittere Kälte, Kartoffelnot, Kohlennot, Dunkelheit, Wassermangel, Bahmsiegung jedes Verkehrs, das war wirklich ein bißchen viel auf einmal. Nun jedoch soll es endlich wieder besser werden.

An der Wiedereinrichtung des Stadt-, Vorort- und Fernbahnverkehrs wird mit allen Kräften gearbeitet. Die Eisenbahnbeamten und -arbeiter sind gestern fast vollständig zum Dienst erschienen.

Die Entwörung des Güterverkehrs wird mindestens 8 Tage in Anspruch nehmen. Immerhin sind innerhalb der letzten 24 Stunden auf den Berliner Bahnhöfen 300 000 Liter Milch, 81 Wagen mit Vieh und 8 Züge mit Kohlen eingegangen.

Die Rückerstattung von Jahrgeld für Monatskarteninhaber für die Streiktage wird in der Weise erfolgen, daß die Verkehrsverwaltung für 7 oder 8 Streiktage je ein Dreißigtel des Betrags der Monatskarten, also sieben oder acht Dreißigtel zurückzahlt.

Die Post nimmt ihren Verkehr in dem Maße auf, wie der Eisenbahnverkehr in geregelter Gang kommt.

Die Post nimmt ihren Verkehr in dem Maße auf, wie der Eisenbahnverkehr in geregelter Gang kommt. Die bisherigen Ausnahmemaßnahmen fallen weg.

Die städtischen Werke im Betrieb.

Am Laufe des gestrigen Donnerstags hat sich die Arbeitsaufnahme in den städtischen Werken erfreulicherweise — bis auf die Straßenbahn — ohne nennenswerte Reibungen vollzogen.

sohle noch dem Gaswerk dirigiert wurde, ist anzunehmen, daß während der Nacht die Stromerzeugung erheblich gesteigert und am Freitagmorgen die volle Leistungsfähigkeit der Dynamos wieder erzielt wird.

Der Betrieb in den Gaswerken kann erst allmählich wieder gesteigert werden, da einmal die Kohlenvorräte nicht allzu groß sind und da aus betriebstechnischen Gründen der Gasdruck nur allmählich erhöht werden kann.

Bei der Wiederaufnahme des Straßenbahnbetriebs erpöben sich bedauerlicherweise Schwierigkeiten, weil die leitenden Persönlichkeiten glaubten, über die mit dem Magistrat betreffend die Wiedereinrichtung der Streikenden gemachten Vereinbarungen hinausgehen zu müssen.

Reichsausschüsse des Magistrats. Der Magistrat wählte in den Reichsrat Bürgermeister Ritter, zu seinem Stellvertreter Stadtrat Schäning.

Die Anfallstätte an der Beustellstraße sieht noch trostlos aus, obwohl an der Aufräumung mit allen verfügbaren Kräften gearbeitet wird, um die beiden gesperrten Hauptgleise und die Ausfahrtsalee des Bahnhofs Beustellstraße nach Charlottenburg, Pfingstenbrunn und Vedder Bahnhof frei zu bekommen.

Zu der Gasexplosion in Neukölln erfahren wir noch folgendes: Es sind insgesamt vier Arbeiter verletzt worden, davon zwei schwer. Der eine von den Schwerverletzten hat einen Schädelbruch.

Professorsitzende Kinderfreundel Freitag, den 10. Februar, abends 8 Uhr, findet die Generalversammlung des Pädagogisch-Psychologischen Instituts im Rathause zu Schöneberg statt.

Japanen der Gungernuben in Rußland beranzaltet die Deutsche Friedensgesellschaft. Die Gruppe Berlin, heute abend 7 Uhr im Bürgeraal des Rathauses, Köpenicker Straße, einen Vortrag und Regalationabend, an dem Wilhelm Dieterle (vom Dr. Schanitzhaus), Nola Landau, Vera Post und Armin L. Wagner mitwirken werden.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fische keine, Geschäft leblos. Fleisch schwach, Geschäft ruhig. Obst und Gemüse keine, Geschäft still.

Am gestrigen Donnerstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise: Schellfisch 7-8 M., Kottungen 12-13 M. und Seelachs 10 M. das Pfund.

Eine seltsame Nacht.

Roman in vier Stunden von Laurids Bruun

Doktor Solt aber sagte in ruhig gebietendem Ton, indem er sie fest ansah: „Wenn Sie in diesem mondächtigen Zustand, in dem Sie sich befinden, zu ihr kommen, ist sowohl für Sie wie für das Kind Gefahr vorhanden.“

„Ich hab' mich doch weinen in der Kche; es wurde zu einem Schluß, das sich in Tränen Luft machte und ihren Widerstand brach. Sie beugte den Kopf; ihre Arme erschlossen, und sie ließ sich willentlich von Doktor Solt zum Lehnstuhl führen, den er für sie zurechtstellte.“

„So, meine liebe Frau Hjarter, sehen Sie sich jetzt! — Eine augenblickliche Gefahr ist nicht vorhanden. Aber es gilt belächeln auf dem Posten zu sein. Darum habe ich die Einspritzung gemacht.“

„Ob ich ohne Grund gefürchtet habe. Im Augenblick kann ich nichts weiter tun. Auf Wiedersehen!“

Als Doktor Solt gegangen war, wurde von keinem der Anwesenden ein Wort gesprochen. Frau Helwig sah leise weinend im Lehnstuhl, während Fräulein Selma über den Esstisch gelehnt stand und ihr lauschte mit ihrer rüchlichen Hand über des seine Vorgehaar strich.

Hjarter stand am Flügel und sah sie an, wußte aber nicht, was er sagen sollte.

Werner Hilde war der erste, der das Schweigen brach. Er sah mit den Händen zwischen den Knien und starrte vor sich hin wie ein Mann, dem plötzlich etwas zertrümmert worden ist.

Dann erhob er sich langsam, knöpfte seinen Rock zu und fragte: „Herr Amtsvorsteher, sagen Sie mir bitte, wann der erste Zug geht.“

Hjarter richtete sich auf und fragte nervös: „Wollen Sie abreisen?“

„Ja, ich will abreisen!“ antwortete er leise und kluglos. Hjarter sammelte sich. Er fühlte, daß er seiner ganzen geistigen Kraft bedurfte, fühlte, daß er in diesem Augenblick nicht länger an Frau und Kind denken durfte.

„Fürchten Sie sich vor Anstetzung?“ fragte er und näherte sich ihm.

„Nein!“ kam es abweisend.

„Sie haben sich schnell umgestimmt, Herr Ingenieur!“ Er legte mit Absicht einen Klang von Ironie in seine Stimme.

„Ich sagte Ihnen vorher, daß ich nicht wüßte, ob ich bleiben möchte. Jetzt weiß ich, daß ich es nicht kann.“

Hjarter ließ sich nicht so leicht abfertigen. „Ist es indistret, nach dem Grund Ihres plötzlichen Entschlusses zu fragen?“

„Der Grund?“ Werner Hilde sah abweisend auf ihn herab. „Ist die Krankheit Ihres Kindes nicht Grund genug? — Heute nacht ist ein Fremder hier doch nur eine Last!“

„Der erste Zug geht fünf Uhr zehn, Herr Hilde!“ unterbrach Fräulein Selma.

„Danke!“

Hilde knöpfte seinen Rock zu und sah verstohlen zu Frau Helwig hinüber, die mit abgewandtem Kopf unbeweglich im Lehnstuhl saß.

Hjarter sah auf seine Uhr. „Es ist noch lange bis dahin!“ sagte er.

„Ich will inzwischen zum Riegelhof hinübergehen — ich habe dort verschiedene notwendige Dinge zu ordnen — Denn ich werde wohl kaum zurückkehren!“

Hjarter fragte nervös: „Sie wollen also wieder ins Ausland?“

„Ja! — Adieu, Herr Amtsvorsteher!“ Hjarter tat, als hätte er es überhört.

„Apropos! Herr Hilde!“ begann er wieder und stellte sich ihm in den Weg. „Wamsell Berg hat mir von ihrer traurigen Lage erzählt und mich gebeten, ein gutes Wort für sie bei Ihnen einzulegen.“

„Sie mag bekommen, was sie haben will!“ kam es müde und unendlich gleichgültig.

Denn streckte er die Hand aus: „Adieu, Herr Amtsvorsteher!“

Hjarter aber tat, als sähe er die ausgestreckte Hand nicht, und rührte sich nicht vom Fleck.

„Ich habe bestimmte Gründe, Herr Hilde.“ sagte er mit seiner nervösen, schrillen Stimme. „Sie zu bitten, Ihren Aufenthalt hier zu verlängern.“ Und als der andere überrascht aufblickte, beiläufig hinzuzufügen: „Mindestens bis nach der Beerdigung und der Erbschaftsliquidation!“

„Ich bedauere, Ihnen nicht zu Gefallen sein zu können!“ antwortete Werner mit kalter Höflichkeit. — „Aber ich werde Ihnen eine Vollmacht hinterlassen.“

„Sie wollen also nicht bleiben, Herr Hilde?“

„Ich kann nicht! — Adieu!“

Der „erfolgreiche“ Hypnotiseur.

Vor der Strafkammer des Landgerichts III begann gestern der Strafprozeß wegen Diebstahls und Betruges gegen den Vortragredner und Hypnotiseur Leopold Mieroslaw Kitzay aus Galizien und wegen Hehlerei gegen den Kaufmann Isidor Krisk, der infolge des Verkehrsstreiks in einem Automobil von Köln zum Termin geistigt ist.

Er ist in zwei Fällen angeklagt: in dem einen Fall soll er einen ihm bekannten Herrn durch Betrug geschädigt haben; der Hauptfall betrifft jedoch einen großen Schlag, den er mit einer Frau des Kaufmanns B. ausgeführt haben soll. Er ist von dem Chemann B., der am Kurfürstendam eine luxuriöse Wohnung innehat, gebeten worden, mit Hilfe des Hypnotismus seine Frau von Morphinismus und Schlaflosigkeit zu heilen.

In willkürlichem Zustand soll Frau B. auf hypnotischen Einfluß des Angeklagten in Abwesenheit ihres vertriebenen Ehemannes 19 wertvolle Teppiche und viele kostbare Sachen, Seiden-Bäsen und anderes verkauft haben. Käufer der Teppiche, die in Gegenwart der Frau B. verkauft wurden, waren die drei Mitangeklagten, die von dem Angeklagten zu dem Ankauf herangezogen worden waren. Er hat dafür eine Provision von 10 000 M. erhalten.

Der Angeklagte Kitzay bestritt entschieden jede Schuld. Er brüstete sich damit, daß er wohl schon 90 000 Menschen hypnotisiert habe. Auch die drei Mitangeklagten leugneten jede Schuld ab und behaupteten, daß sie vollständig korrekt gehandelt hätten. Die Teppiche seien durchaus minderwertig gewesen und der dafür gezahlte Preis von 20 000 M. durchaus dem Werte entsprechend.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Kitzay 1 1/2 Jahre, gegen die Mitangeklagten 9, 9 und 3 Monate Gefängnis. Der Sachverständige Geh. Sanitätsrat Dr. Ross hielt für die Beweisführung nur für erwiesen, daß Kitzay an Frau B. hypnotische Versuche angestellt habe, nicht aber, daß sich Frau B. bei dem Verkauf der Sachen in einem hypnotischen Zustand befunden hat. Diefem Gutachten schloß sich der Sachverständige Dr. Allendorf an. — Der Gerichtshof kam zur Freisprechung aller Angeklagten, da er die Frage des Eigentums an den Sachen als nicht genügend geklärt erachtete.

Sozialistischer Studentenbund. Der zum 10. Februar in der Aula des städtischen Späthaus, Weinmeisterstr. 16/17, angelegte Vortrag des Genossen Dr. Rudolf Dreißbach kam an diesem Tage nicht zustande. Der spätere Termin wird an dieser Stelle noch bekanntgegeben werden.

Verteilung der Anzeile. Die Schiffahrt auf der Unterelbe ist durch Eis fast vollkommen lahmgelegt. Mehrere Dampfer liegen im Eise fest. Eisbrecher und Schiffsdampfer haben die größte Mühe, durch das Eis hindurchzukommen. — Die starke Kälte der letzten zwei Tage hat an den Ufern des Bodensees starke Eisebildung verursacht. Der Untersee ist in seiner ganzen Ausdehnung zugefroren. — In Innsbruck sind infolge der andauernden Kälte die elektrischen Stromquellen betriebslos.

Neun Todesopfer einer Explosion. Zwischen der Stadt Friedland in Ostpreußen und der Baustelle der ostpreussischen Kraftwerke hatten Kinder einen Sprengkörper gefunden, an dem sie sich zu spielen machten, so daß eine Explosion erfolgte. Sieben Kinder wurden durch die umherliegenden Sprengstücke getötet, zwei noch lebende ins Krankenhaus gebracht, wo sie inzwischen ebenfalls ihren Verletzungen erliegen sind.

Ein Eisenbahnzug unter eine Lawine begraben. Nach einer Depesche der Associated Press aus Tokio ging auf den Bahnhof der Station Niojawa eine gewaltige Lawine nieder, die einen Personenzug vollständig unter ihren Scherbenmassen begrub. Die Katastrophe hatte 110 Tote und zahlreiche Verletzte zur Folge.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Freitag, den 10. Februar:

„Wagt Jugendheim Chausseestraße, Vortrag: „Wie sollen wir wandern?“ — Mahlsdorf: Jugendheim Ormeinerstraße Waldteichstraße, Vortrag: „Rast und Ruhe.“ — Moabit: Jugendheim Gemeindefchule Woblenitzstr. 21, Vortrag: „Die gesellschaftliche Entwicklung der Sozialdemokratie und ihre Wirkung auf den Sozialismus.“ — Neukölln: Jugendheim Köpenicker Str. 10, Mitgliederversammlung. — Wilmersdorf: Jugendheim Gemeindefchule Wilmersburger Straße, Mitgliederversammlung. — Fehrbellin: Jugendheim Gemeindefchule Fehrbelliner Str. 4, Vortrag: „Deutsche Sagen.“

„Sie wollen also wieder ins Ausland?“

„Ja! — Adieu, Herr Amtsvorsteher!“

Hjarter tat, als hätte er es überhört.

„Apropos! Herr Hilde!“ begann er wieder und stellte sich ihm in den Weg.

„Sie mag bekommen, was sie haben will!“ kam es müde und unendlich gleichgültig.

Denn streckte er die Hand aus: „Adieu, Herr Amtsvorsteher!“

Hjarter aber tat, als sähe er die ausgestreckte Hand nicht, und rührte sich nicht vom Fleck.

„Ich habe bestimmte Gründe, Herr Hilde.“ sagte er mit seiner nervösen, schrillen Stimme. „Sie zu bitten, Ihren Aufenthalt hier zu verlängern.“

Und als der andere überrascht aufblickte, beiläufig hinzuzufügen: „Mindestens bis nach der Beerdigung und der Erbschaftsliquidation!“

„Ich bedauere, Ihnen nicht zu Gefallen sein zu können!“ antwortete Werner mit kalter Höflichkeit. — „Aber ich werde Ihnen eine Vollmacht hinterlassen.“

„Sie wollen also nicht bleiben, Herr Hilde?“

„Ich kann nicht! — Adieu!“

Diesmal drängte er sich an Hjarter vorbei, aber dieser folgte ihm.

„Und Sie wollen mit dem ersten Morgenzug ins Ausland?“ fragte er.

Hilde verlor die Geduld. Er machte eine Wendung und sagte: „Das hab ich Ihnen ja schon gesagt!“

Dann blieb er vor dem Stuhl stehen, in dem Frau Helwig mit geschlossenen Augen zurückschlief.

„Leben Sie wohl, Frau Hjarter!“ kam es leise, fast demütig, während er vor ihr stand und sein Blick auf ihrer weißen Stirn unter dem ledernen Haar ruhte, auf ihren schlanken Händen, auf der anmen sieben Fingerringe.

Frau Helwig öffnete nicht die Augen. Sie bedeckte ihr Gesicht mit den Händen und beugte den Kopf wie zum Gruß.

Fräulein Selma trat vor ihren Stuhl und reichte ihm die Hand.

„Adieu, Herr Hilde!“ sagte sie freundlich und betrachtete teilnahmsvoll seine betrübten, dunklen Augen.

(Fortsetzung folgt.)



